

2015

Stadt der Zukunft Heidelberg

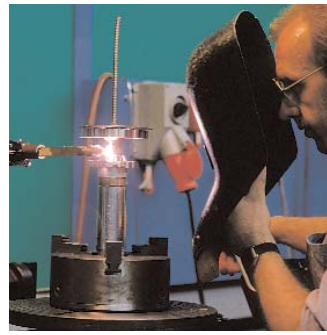


Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015 Leitlinien und Ziele





	Vorwort	4
1.	Vorbemerkung	6
2.	Ausgangssituation	7
	Leitziele von 1974: Warum neue Leitlinien? Zeitperspektive bis 2010 Charta von Aalborg Planung als Prozess, Wahlmöglichkeiten erhalten	
3.	Präambel für ein neues Leitbild Wichtige Querschnittsanliegen	11
	Solide Haushaltswirtschaft auch in Zukunft Bürger/innenbeteiligung und Partizipation Vielfalt der Lebensformen ermöglichen Gleichstellung von Frauen und Männern Migration und interkulturelle Orientierung Die Universität als wichtige Partnerin	
4.	Zielbereich Städtebauliches Leitbild Vielfalt in der Einheit, Stadt am Fluss	13
	Heidelbergs Einzigartigkeit bewahren Bauland sparsam verwenden Einheit von Stadt und Landschaftsraum bewahren Wesentliche groß- und kleinräumige Freiflächen erhalten und entwickeln Erhaltenswerte kleinräumige städtebauliche Qualitäten respektieren Stadtteilzentren stärken Bauliche Barrieren vermeiden Mehr Mischnutzung und Aufenthaltsqualität	
5.	Zielbereich regionale Kooperation und Regionalentwicklung Durch neue Formen der regionalen Kooperation den Interessenausgleich sichern	15
	Warum stärkere regionale Kooperation? Zusammenarbeit richtig verstanden	



6. Zielbereich Arbeiten

Vollbeschäftigung
anstreben

Wege aus der Krise eröffnen
Strukturwandel positiv nutzen
Neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen
Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen
Verdrängungswettbewerb verhindern
Stärkung von Mittelstand und Handwerk
Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken
Flächenverbrauch senken
Wiedereingliederung ins Erwerbsleben unterstützen
Kommunale Wirtschaftsförderung regional einbinden

17

7. Zielbereich Wohnen

Preiswerten Wohnraum
schaffen und sichern

Wohnraum für alle
Verdrängungsprozesse verhindern
Preiswertes Wohnen
Flächeninanspruchnahme bremsen
Unterschiedliche Lebensphasen und -formen berücksichtigen
Lebendiges Wohnumfeld
Förderung ökologischen Bauens
8.000 bis 10.000 Wohnungen mehr
Regionale Vorsorge einplanen
Regionaler Wohnungsmarktausgleich

21

8. Zielbereich Umwelt

Verbesserung der Umwelt-
situation und dauerhafter
Schutz der natürlichen
Lebensgrundlagen Wasser,
Boden, Luft, Natur und
Landschaft

Klima- und Immissionsschutz vorantreiben
Umweltqualitätsziele einführen
Naturhaushaltsplan fördert jährliche Bilanzierung
Dem Trend zur Zersiedlung entgegensteuern
Städtisches Freiflächenkonzept erforderlich
Umweltbewusstsein fördern
Chancen für eine gesündere Kindheit

24

9. Zielbereich Mobilität

Förderung umweltfreund-
licher Mobilität durch
Angebotsverbesserungen,
Reduzierung der Belas-
tungen durch den motori-
sierten Individualverkehr

Zielvorgaben des neuen Verkehrsentwicklungsplans
Umweltqualitätsziele und Verkehr
Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr
Stadt der kurzen Wege

27



10. Zielbereich Soziales

Stadt des
sozialen Ausgleichs

Ausgrenzung verhindern
Solidarität und Eigeninitiative fördern
Von der Zielgruppen- zur Quartiersarbeit
Wiedereingliederung ins Erwerbsleben unterstützen
Den Generationenvertrag bei der Jugend beginnen
Den Umgang miteinander lernen
Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen
Bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben
Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten
Gesundheitsförderung
Sport und Freizeit

29

11. Zielbereich Kultur

Stadt der
kulturellen Vielfalt

Stadt der Kommunikation und Begegnung
Kulturelle Vielfalt richtig verstanden

33

12. Zielbereich Demographischer Wandel

Die Chancen nutzen

Ausgangssituation für die Teilfortschreibung 2006
Heidelberg als familienfreundliche Stadt
Heidelberg als Wohnstandort stärken
Lebenslanges Lernen
Stadt der Fairness
In einer jungen Stadt alt werden – Kultur des Alterns ermöglichen
Integration ist die Aufgabe von allen
Mit Kultur Brücken bauen
Neue Partnerschaft zwischen Bürger/innen und Stadt
Aktives und solidarisches Stadtteilleben ermöglichen
Heidelberg als attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort positionieren
Heidelberg als starker Partner in der Region
Stadtverwaltung als vorbildliche Arbeitgeberin und innovative Dienstleisterin
Mobilität für alle Altersgruppen
Der öffentliche Raum als Ort der Begegnung
Flexibel bauen
Bahnstadt als Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung

34

13. Zusammenfassung

42

Anhang

47

Vorwort



Seit 1997 hat Heidelberg eine Lokale Agenda, den Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 (STEP). Der STEP ist die richtungsweisende Leitlinie für eine Stadtpolitik, die sich zu ihrer Verantwortung für das soziale Miteinander bekennt und für die Wahrung einer lebenswerten Umwelt in einer auch wirtschaftlich erfolgreichen Kommune. Eine Fülle von Beschlüssen und konkreten Projekten sind bei der Umsetzung des STEP in den vergangenen Jahren erarbeitet und erfolgreich umgesetzt worden.

Nach fast zehn Jahren wurde der Stadtentwicklungsplan um ein neues Kapitel und einen neuen Handlungsschwerpunkt ergänzt: den Demographischen Wandel, seine Herausforderungen und Chancen für die Stadtpolitik. Im August 2006 beschloss der Gemeinderat einstimmig, der Fortschreibung des STEP zuzustimmen und den Demographischen Wandel mit angemessenen Zielen und Maßnahmen aktiv zu gestalten. Die Präambel des Stadtentwicklungsplans wurde entsprechend ergänzt und die Laufzeit von 2010 auf 2015 verlängert. Die Texte der bestehenden Kapitel 1 bis 11 blieben von dieser Fortschreibung unberührt.

Die dort enthaltenen Leitlinien und Ziele gelten – soweit nicht bereits umgesetzt – weiterhin. Neu ist allerdings das Kapitel 12, der „Zielbereich Demographischer Wandel“. Sein zentrales Bekenntnis: „Es gilt, neben der Familienfreundlichkeit für alle

Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten.“

Zentrale Inhalte des Stadtentwicklungsplans von 1997 sind die Bewahrung und der Ausbau der Stärken Heidelbergs, Vollbeschäftigung und die Stärkung von Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel. Es geht um eine „Stadt der kurzen Wege“, die Erweiterung der Bürgerbeteiligung, die Anerkennung der Vielfalt der Lebensformen, die Gleichstellung von Männern und Frauen, kulturelle Vielfalt und den dauerhaften Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Solidarität wird im Stadtentwicklungsplan umfassend auf die gemeinsame Verantwortung für sozialen Ausgleich und für Benachteiligte wie für die kommenden Generationen bezogen. Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, die enge Kooperation in der Region und mit der Universität, die Ausschöpfung der inneren Entwicklungsreserven und die effiziente Nutzung der Flächen werden herausgestellt. Wir haben uns die Aufgabe gesetzt, ausreichenden und preiswerten Wohnraum zu schaffen, innovative Branchen zu fördern und stadtvträglichen Verkehr zu gewährleisten.

Die Leitlinien im neuen Kapitel zum Demographischen Wandel setzen den Schwerpunkt bei der Familienfreundlichkeit. So sollen die Rahmenbedingungen für familienfreundliches Wohnen und Arbeiten, für Betreuung,

Erziehung und Bildung weiter verbessert werden. Die älteren Mitbürger/innen verfügen über vielfältige Lebenserfahrungen, die stärker in die Gesellschaft einfließen sollen. Integration wird als Aufgabe aller Heidelbergerinnen und Heidelberger hervorgehoben. Barrieren zu Sprache und Bildung gilt es abzubauen, den interkulturellen Dialog weiter zu fördern. Die Stadtteile sind Orte, wo sich Kulturen und Generationen begegnen und ein breites bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden soll. Darauf muss zukünftig mehr Augenmerk gelegt werden. Hier sind die Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote den Bedürfnissen ihrer Bewohner/innen entsprechend der demographischen Entwicklung anzupassen. Der Standortprofilierung als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt kommt große Bedeutung zu. Dazu gehört auch ein bezahlbares Wohnungsangebot mit sozialen Qualitäten.

Der Stadtentwicklungsplan und seine Fortschreibung sind im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet worden. Im Rahmen der Beratungen, der Beteiligung der Öffentlichkeit über das Internet und das Stadtblatt sowie bei den Gesprächen mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem Ausländerrat/Migrationsrat gab es zahlreiche Anregungen, von denen die meisten übernommen werden konnten.

Jetzt gilt es, in den Stadtteilen unter Beteiligung der dort lebenden Menschen und ansässigen Institutionen eine Infrastruktur zu schaffen, die den Herausforderungen des Demographischen Wandels optimal begegnet. Bei dieser spannenden Entwicklung wird es auf eine kreative Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürger/innen ankommen. Allen, die am STEP und an seinem neuen Kapitel mitgewirkt haben, danke ich sehr herzlich für ihr Engagement!

Die Leitlinien und Ziele des Stadtentwicklungsplans werden uns auch weiterhin den Weg weit über dieses Jahrzehnt hinaus weisen. Wir verpflichten uns zu einer nachhaltigen Entwicklung, die auf den Stärken Heidelbergs fußt. Wir stehen zu unserer globalen Verantwortung und zeigen uns als Stadt der Toleranz und Offenheit. Heidelberg übernimmt Verantwortung für die Zukunft!



Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Vorbemerkung

1

Die Chancen einer globalen Politik für nachhaltige Entwicklung entscheiden sich vor allem in den Städten. In ihnen konzentrieren sich Wohnungsbau, Güterproduktion und -umschlag sowie Energieverbrauch und Verkehrsleistungen. Heidelberg hat sich bereits früh zu Zielen bekannt, die später in der Agenda 21 der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro festgelegt worden sind. Es geht um eine Stadtentwicklungspolitik, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen mit der Tragfähigkeit¹ der natürlichen Umwelt in Einklang bringt.

Die zu diesem Ziel führenden Maßnahmen sind festzulegen und kontinuierlich zu überprüfen. Der vorliegende Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010² zeigt den für die nächsten 13 Jahre vorgesehenen Zielkatalog auf. Vor der endgültigen Abstimmung über die verbindlichen Ziele hat ein breiter öffentlicher Diskussionsprozess (November 1995 bis September 1996) stattgefunden.

Die Stadt Heidelberg hat durch mehrere Grundsatzbeschlüsse und planungspolitische Entscheidungen (u. a. Tourismusleitbild, Verkehrsentwicklungsplan) eine Entwicklung eingeleitet, die durch den behutsamen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen die Lebensqualität im Stadtgebiet und der Region sichern und verbessern soll.

Die alten Stadtentwicklungsziele von 1974 bekennen sich zu einer maßvollen Entwicklung. In ihnen werden immer wieder die Aspekte Lebensqualität, Stadt- und Landschaftsbild, Verkehrsbelastung und Zukunftsorientiertheit der Arbeitsplatzstruktur aufgegriffen.

Die dort aufgeführten Ziele streben eine „unter Bewahrung der Individualität Heidelbergs“ zukunftsorientierte strukturelle Entwicklung an, die daran ausgerichtet ist, die Lebensqualität der hier Wohnenden zu bewahren und zu verbessern.⁴

Die Aussagen zur Eigenart Heidelbergs, zum Stadtbild und zum Erholungswert der Landschaft heben stark auf Erhaltungs- und Belastungsaspekte ab. Die Gefahr, dass die prägenden Merkmale Heidelbergs bei der Überschreitung von Grenzwerten verloren gehen, wird deutlich gesehen.⁵

Dabei wird die Unverwechselbarkeit der Stadt nicht nur durch ihr Landschafts- und Ortsbild bestimmt, sondern auch durch die „nur intuitiv wahrnehmbaren Besonderheiten“⁶, die ihr Fluidum ausmachen. Ohne museal zu erstarren, soll die Eigenart Heidelbergs für „die Bürger der Stadt ... Angebot und Möglichkeit zur Identifizierung mit ihrem Gemeinwesen (sein)“. Individualität und Unverwechselbarkeit sollen erhalten bleiben. Unverwechselbar für Heidelberg sind das Landschaftsbild, seine Stadtgestalt, das studentische Flair, seine Überschaubarkeit, Unaufdringlichkeit

und Behaglichkeit, aber auch die Mischung aus städtischer und ländlicher Nutzung. Das von der Universität und den anderen Lehr- und Forschungseinrichtungen geprägte innovative Milieu, seine Offenheit und Toleranz Fremden und Neuem gegenüber sowie ein breiter Kanon kultureller Aktivitäten sind weitere Merkmale. Damit kommt für die Heidelberger stadtentwicklungspolitischen Vorstellungen aus dem Jahr 1974 eine Generallinie zum Ausdruck, die lautet: Wirtschaftliches und räumliches Wachstum ja, aber nur soweit, wie die Probleme des Wohnens, des Arbeitsmarktes, der Umwelt, der Naherholung und des Verkehrs lösbar bleiben.

Viele der dort genannten Ziele haben bis heute Bestand. Die nachstehend aufgeführten Leitziele des alten Stadtentwicklungskonzepts verdeutlichen den Willen der Stadt Heidelberg nach einer maßvollen, in Kooperation mit den Nachbarn eingeleiteten Entwicklung.

¹ Berücksichtigung der Tragfähigkeit bedeutet eine nachhaltige Umweltnutzung, d.h. die Erhaltung des natürlichen Kapitals. Die Verbrauchsrate von erneuerbaren Rohstoff-, Wasser- und Energieressourcen darf nicht höher sein als die Neubildungsrate, und nicht-erneuerbare Ressourcen dürfen nicht schneller verbraucht werden, als sie durch dauerhafte, erneuerbare Ressourcen ersetzt werden können. Die Emission von Schadstoffen darf nicht größer sein als die Fähigkeit von Luft, Wasser und Boden, diese Schadstoffe zu binden und abzubauen (Vgl. Charta von Aalborg, S. 2).

² Mit Gemeinderatsbeschluss vom 2. August 2006 wurde die Laufzeit auf das Jahr 2015 verlängert. (DS 0233/2006/BV)

³ Die Daten in diesem Kapitel beziehen sich auf das Ausgangsjahr 1996

⁴ Stadtverwaltung Heidelberg, Stadtentwicklungsplanung Heidelberg, Gesamtstadtvariante D, Heidelberg 1974, Vorwort.

⁵ ebd., S. 10, S. 31 ff, S. 34, S. 64 f.

⁶ ebd., S. 9.



Leitziele von 1974:

Leitziele⁷ der Stadt Heidelberg waren:

- die Bedingungen, unter denen sich individuelles und soziales Leben (Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit) vollzieht, zu verbessern,
- die Eigenart Heidelbergs auch in der künftigen Entwicklung zu erhalten,
- die Gemeinde als Oberzentrum mit den Schwerpunkten Bildung und Wissenschaft sowie sonstige öffentliche und private Einrichtungen zur Versorgung der Einwohner von Stadt und Region mit Gütern und Dienstleistungen zu sichern und auszubauen,
- die Probleme des einheitlichen Lebens- und Wirtschaftsraums von Heidelberg und seinem Umland nachbarschaftlich zu lösen,
- alle Stadtteile an der Stadtentwicklung angemessen teilhaben zu lassen.

Heidelberg hat – trotz punktueller Irrtümer – auch im 20. Jahrhundert aus der historischen Kontinuität heraus eine gesellschaftliche und städtebauliche Entwicklung eingeleitet, die dazu geführt hat, dass die Stadt für viele Menschen im In- und Ausland als ein Symbol für urbane Lebensqualität gilt. Dies trifft auch in der Selbsteinschätzung für die Bürgerinnen und Bürger zu.

Warum neue Leitlinien?

Inzwischen sind mehr als 20 Jahre vergangen, und die Grenzen des Wachstums zeigen sich deutlicher. Gegenüber 1974 verfügt die Stadt bei nur unwesentlich größerer Einwohnerzahl über 20.000 Arbeitsplätze und 16.000 Wohnungen mehr. Trotz der Angebotsver-

besserungen ist die Zahl der Arbeitslosen und Wohnungssuchenden drastisch angestiegen. Die Suburbanisierung ist weiter fortgeschritten und die Einpendlerzahlen haben stark zugenommen. Die Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit hat zu mehr „erzwungener“ Mobilität geführt. Gewandelte Familien- und Haushaltsstrukturen, vielfältige Lebensstile sowie ein multikulturelles Einwohnerspektrum kennzeichnen wesentliche gesellschaftliche Veränderungen.

Immer klarer wird, dass Planung stärker vorbeugend statt reaktiv ausgerichtet werden muss. Eine solche Entwicklung einzuleiten, ist inzwischen das Bestreben vieler europäischer Städte und Gemeinden, die zu diesem Zweck eine Kampagne zur Zukunftsbeständigkeit initiiert haben. Dieser hat sich auch die Stadt Heidelberg mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg angeschlossen.

Stadtentwicklung⁸ bedeutet nach dem Verständnis des neuen Leitbildes Gestaltung des künftigen Zusammenlebens

⁷ Stadtverwaltung Heidelberg, Stadtentwicklungsplanung Heidelberg, Gesamtstadtvariante D; Heidelberg 1974, S. 4.

⁸ „Stadtentwicklungsplanung kann allgemein verstanden werden als der systematische und in ständiger Fortschreibung befindliche Ansatz, die Entwicklung der Stadt nach politisch gesetzten Zielen und unter Berücksichtigung der ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, finanziellen und räumlichen Faktoren bewusst zu steuern. Sie umfasst das gesamte Aufgabenfeld gemeindlicher Daseinsvorsorge und enthält dazu finanzielle, zeitliche und räumliche Angaben zu dessen künftiger Entwicklung.“ Quelle: Schultis, J. B. Entwicklungstendenzen kommunaler Planung. Materialien zu einer Einführung in die Stadtentwicklungsplanung. Nagold 1984, S. 10 f.



von Menschen und ist damit mehr als eine nur räumliche Entwicklungsplanung: Stadtentwicklungspolitik hat ebenso einen sozialen Bezug und eine soziale Verpflichtung. Es geht dabei immer um die Frage, ob der Wunsch nach Befriedigung von individuellen Lebensentwürfen nicht öfter zurückstehen sollte zugunsten einer notwendiger werdenden nachhaltigen und ökologischen Lebensweise in einer sozial gerechten Gesellschaft. Wirtschafts- und Umweltpolitik berühren das soziale Zusammenleben unmittelbar und müssen Bestandteil einer umfassenden gleichgewichtigen Stadtentwicklungspolitik sein.

Zeitperspektive bis 2010⁹

Ziel des Stadtentwicklungskonzeptes ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich ein soziales und kulturell vielseitiges Leben entfaltet. Es sollen Raum und Perspektiven geboten werden für wirtschaftliche Aktivitäten, die ein breites und zukunftssicheres Arbeitsplatzangebot schaffen und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen fördern. Die dabei angestrebte soziale Balance und regionale Kooperation soll letztendlich auch einer nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschafts- und Raumentwicklung Rechnung tragen, indem sich Heidelberg zu mehr Mitverantwortung bei der Regionalentwicklung bekennt. Der Zeithorizont bis 2010 umfasst 13 Jahre und ist demnach überschaubar.

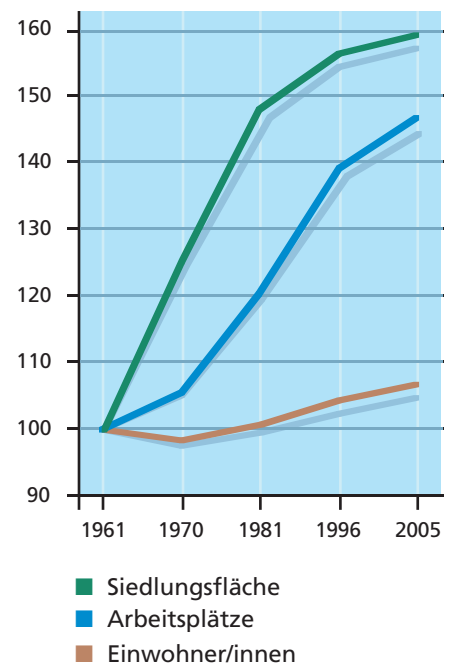
Charta von Aalborg

Die Stadt Heidelberg bekennt sich u. a. zur Charta von Aalborg.¹⁰ Das heißt, sie sucht im Sinne einer zukunftsbeständi-

gen Entwicklung nach einer dauerhaften Balance zwischen dem Anspruch, die natürliche Ressourcen-Ausstattung zu erhalten und andererseits den siedlungsstrukturellen Anforderungen an diesen Raum Rechnung zu tragen. Grundvoraussetzung ist dabei die Einhaltung des sozialen Gleichgewichts und die Bewahrung bzw. Herstellung der Arbeitsplatzsicherheit. Sie fördert eine Stadtentwicklung, die alle Stadtfunktionen an die Erfordernisse sozialer und ökologischer Verträglichkeit anpasst. Die Stadt fördert das Engagement ihrer Bürger für eine gerechtere und nachhaltigere Entwicklung auf lokaler und globaler Ebene, da eine solche Entwicklung ohne die direkte Beteiligung aus der Bürgerschaft nicht möglich ist. Die Gestaltung der partnerschaftlichen Beziehungen der Stadt nach außen wird an den Zielen einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet. Der lokale Agenda 21-Prozess soll auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt werden. Um die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteure zu unterstützen, sollen Koordinationsmöglichkeiten und Arbeitsstrukturen geschaffen werden. Ziel ist es, eigenverantwortliche Aktivitäten zu unterstützen. In einem gesellschaftlichen Dialog zwischen allen Akteuren sollen gemeinsame Ziele und Handlungsoptionen erarbeitet und umgesetzt werden.

⁹ Mit Gemeinderatsbeschluss vom 2. August 2006 wurde die Laufzeit auf das Jahr 2015 verlängert. (DS 0233/2006/BV)

¹⁰ Gemeinderatsbeschluss vom 24. November 1994 (DS 670/94).



Entwicklung der Siedlungsfläche, der Arbeitsplätze und der Einwohner/innen in Heidelberg (Index: 1961=100)

Planung als Prozess, Wahlmöglichkeiten erhalten

Die Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung sowie des Erfolges der Strategien zur Eingrenzung des Flächenkonsums und der damit einhergehenden Planungserfordernisse bzw. Flächenbereitstellungen sind erheblich. Entwicklungsplanung ist deshalb grundsätzlich als Prozess zu organisieren. Sie ist kontinuierlichen Veränderungen unterworfen. Das bedeutet, dass die Planung offen und eine Revidierbarkeit möglich sein muss. Freiräume für neue Entwicklungen und Planungsideen müssen freigehalten werden, sofern sie ökologisch und sozial vertretbar sind. Den nachfolgenden Generationen müssen Gestaltungsspielräume verbleiben. Ein Berichts- und Beobachtungssystem¹¹, das soziale Entwicklungen und auch frauenspezifische Daten berücksichtigt, soll gewährleisten, dass die gesetzten Ziele, die erreicht werden können, auch erreicht werden und die Ziele, die modifiziert werden müssen, rechtzeitig fortgeschrieben und in der Umsetzung entsprechend angepasst werden.

¹¹ Siehe Veröffentlichungen zum Stadtentwicklungsplan seit 1997 am Ende der Broschüre



Präambel für ein neues Leitbild

3.

Wichtige Querschnittsanliegen

Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die mit dem Demographischen Wandel verbundenen Veränderungen werden als Chance empfunden und aktiv gestaltet. Es gilt neben der Familienfreundlichkeit für alle Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten. Die Leitziele des Stadtentwicklungskonzeptes aus dem Jahre 1974 dienen dabei als Grundlage.

Alle drei Ziele stehen gleichwertig nebeneinander; sie sind Ziele und Voraussetzungen in einem. Die Präambel setzt an die erste Stelle die Bewahrung der Eigenart Heidelbergs, betont die soziale Verantwortung, welche auch die Gleichstellung von Frauen und Männern beinhaltet, und weist unter dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung auf die globale Verantwortung für die Umwelt und Entwicklung hin. Die Unterstützung der Agenda 21 und der Charta von Aalborg bringt den Willen der Stadt zum Ausdruck, in einem Städteverbund zum Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu gelangen. Die Verbindung zu den alten, als Orientierungslinie immer noch wichtigen Leitlinien aus dem Jahre 1974 zeigt den Willen zur Kontinuität. Dies wurde auch in dem Slogan für die öffentliche Debatte der Stadtentwicklungsziele „Verantwortung für die Zukunft“ aufgegriffen.

Solide Haushaltswirtschaft auch in Zukunft

Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten hängen in starkem Maße von der finanziellen Situation der Stadt und vom Willen der Bevölkerung Heidelbergs ab, die notwendigen Veränderungen mitzutragen, die dem Ziel einer nachhaltig wirtschaftenden und sozial gerechten Gesellschaft dienen. Bei jeglicher finanziellen Investition ist zu prüfen, ob sie dem Ziel der Nachhaltigkeit und der Sozialverträglichkeit genügt. Bei allen in Angriff zu nehmenden Maßnahmen ist deshalb darauf zu achten, dass sie so gestaltet sind, dass die Einnahmesituation der Stadt nicht nachteilig beeinflusst wird.

Mittel- und langfristig ist die Struktur des städtischen Haushalts im Sinne eines intergenerativen Gerechtigkeitsausgleichs auszurichten, d. h. jede Generation trägt und finanziert den auf sie entfallenden Ressourcenverbrauch. Die eingeleitete Verwaltungsreform ist fortzusetzen.

Bürger/innenbeteiligung und Partizipation

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Heidelberger Stadtentwicklungspolitik ist die Förderung einer offenen Diskussions- und Dialogkultur. Die Alltagsbedürfnisse der Menschen ernst zu nehmen heißt, ihnen Einwirkungsmöglichkeiten auf politische und planerische Entscheidungen zu geben. Jegliche Form der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erfordert ein hohes Maß an Zeit, Kommunikations-, Konflikt- und Kooperationsbereitschaft. Prinzip einer

geordneten Stadtentwicklung muss sein, einen Interessenausgleich aller Beteiligten zu schaffen und die Gemeinwohlbelange zu berücksichtigen. Die Stadt Heidelberg wird weiterhin neue Wege in der Einbindung der Menschen in die politische und planerische Entscheidungsfindung beschreiten. Hierbei sind insbesondere die Zugangsmöglichkeiten für Frauen zu verbessern und solche Teile der Bürgerschaft zu aktivieren, die bisher dem politischen Geschehen fern geblieben sind. Dazu gehört, dass bei Planungen frühzeitig und systematisch Fachfrauen einbezogen werden.

Die Verwirklichung einer Stadtentwicklungsplanung auf partizipatorischer Grundlage kann nur realisiert werden, wenn ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen Heidelbergs anerkannt werden.

Hierzu ist erforderlich, die institutionelle Stärkung der mit Ausländern befassten Organisationen sowie deren Integration in die Strukturen der städtischen Entwicklung anzustreben.

Vielfalt der Lebensformen ermöglichen

Eine Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik soll sein, durch die Berücksichtigung einer größtmöglichen Vielfalt von Lebensformen, sofern sie sozial verantwortlich und ökologisch verträglich sind, und Alltagserfordernissen die Wahlfreiheit der Lebensgestaltung aller Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Soweit wie möglich sollen bessere Bedingungen für diejenigen geschaffen werden, deren Chancen für eine selbstbestimmte Lebensführung

bisher eingeschränkt waren oder durch wachsende Belastungen und Ausgrenzungen zunehmend beschnitten werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Stadtentwicklung muss ihren Beitrag dazu leisten, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Stadt Wirklichkeit wird, dass sich die Wahlfreiheit bei der Rollenverteilung verbessert und sich Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben im Rahmen des Gemeinwohls vergrößern.

Kernanliegen von Frauen ist dabei die Sicherung gleichberechtigter Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei allen wichtigen stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen. Darüber hinaus muss die Bewältigung der verschiedenen Anforderungen aus Beruf, Familie und Haushalt für die Menschen erleichtert werden.

Gesellschaftliche Normen und Rollenklischees müssen öffentlich hinterfragt werden, damit sich die entsprechenden Rahmenbedingungen ändern.

Die Gestaltung der räumlichen Wohnensprofile, die sich an den tatsächlichen Lebenslagen und der Einkommenssituation von Frauen orientiert, spielt dabei eine wichtige Rolle. Außerdem ist der Ausbau einer ausreichenden sozialen, kulturellen, versorgungs- und freizeitbezogenen Dienstleistungsinfrastruktur von größter Bedeutung. Wesentlich ist die Nutzbarkeit des Wohnumfelds und der öffentlichen Räume überhaupt, ihre Sicherheit und

Lebendigkeit sind Grundvoraussetzung für mehr Lebensqualität in der Stadt.

Migration und interkulturelle Orientierung

Die Migration als Folge der Nord-Süd- bzw. West-Ost-Entwicklung stellt die Stadt Heidelberg vor vielfältige Aufgaben. Die Stadt Heidelberg will Verantwortung tragen für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens. Migration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Verwaltungsbereiche berührt. Sie fordert deshalb konsequente und kontinuierliche Koordination. Bei der Planung soll der ethnischen und religiösen Heterogenität unserer Gesellschaft Rechnung getragen werden.

Die Universität als wichtige Partnerin

Eine weitere wichtige Partnerin der Heidelberger Stadtentwicklungspolitik ist die Universität. Sie prägt nicht nur das geistige, kulturelle und soziale Leben in der Stadt, sondern hat mit ihren Bauten auch einen prägenden Einfluss auf das Stadtbild. Aufgrund der hohen Zahl der Studierenden und als größte Arbeitgeberin hat die Universität darüber hinaus einen gewichtigen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, das Verkehrsaufkommen und die Wohnraumnachfrage in Heidelberg und Umgebung. Die intensive Zusammenarbeit soll in der Zukunft weiter ausgebaut werden. Als Impulsgeberin für eine wissenschaftsinduzierte wirtschaftliche Entwicklung wird die Bedeutung der Universität in der „Informationsgesellschaft“ noch weiter wachsen. Die Stadt fördert daher eine intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.



Zielbereich Städtebauliches Leitbild

4.

Vielfalt in der Einheit,
Stadt am Fluss

Heidelbergs Einzigartigkeit bewahren

Heidelberg ist durch seine einzigartige naturräumliche Lage, sein welt-offenes, von der Universität geprägtes Flair sowie seine Kulturdenkmäler weltberühmt und auf sein kulturelles Erbe bedacht. Es gilt für viele Besucher als Synonym für die Romantik in Deutschland.

Heidelbergs Image mag romantisch verklärt sein, es spiegelt jedoch das Bild „erreichter Harmonie“ und „urbaner Lebensqualität“ wider. Dieses Image gilt es um die „Wissenschaftsstadt“ fortzuentwickeln. Daraus erwächst auch für die weitere städtebauliche Entwicklung eine besondere Verpflichtung.

Es gilt, für alle Stadtteile, nicht nur für die Altstadt, die (historische) Identität und den eigenständigen Charakter zu bewahren. Hierzu müssen die Stadtteilrahmenpläne* und Schutzsatzungen für die alten Dorfzentren wichtige Aussagen liefern. Sie haben sich in ihren Aussagen jedoch am Stadtentwicklungsplan auszurichten und seine Ziele zu konkretisieren.

Trotz vieler Umstrukturierungen stellt sich das Erscheinungsbild der „Inneren Stadt“ (Altstadt, Bergheim, Weststadt, Neuenheim) weitgehend homogen dar. Die eigentlichen Problemzonen der städtebaulichen Entwicklung konzentrieren sich auf die Äußere Stadt und die Peripherie. Gerade in diesen Bereichen müssen in Zukunft Siedlungskonzepte* umgesetzt werden, die dazu beitragen, die in Teilen „verlorene Struktur“ der Stadt neu zu bestimmen. Dies gilt um

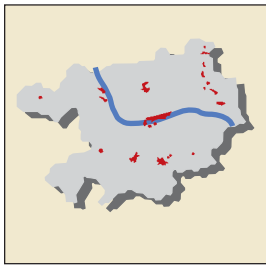
so mehr, als die zunehmende Flächenknappheit den Druck sowohl auf den Innenbereich wie auch den Außenbereich erhöht und die Zielkonflikte verschärfen wird.

Bauland ist sparsam zu verwenden

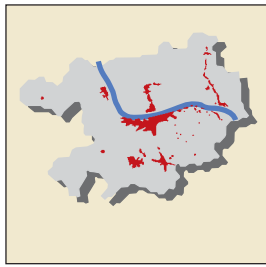
Dabei ist die Mobilisierung der Innenentwicklungspotentiale von zentraler Bedeutung. Diese stößt in Heidelberg jedoch gerade in den landschaftlich empfindlichen Bereichen an ihre Grenzen, so dass der Aktivierung von Stadtumbaupotentialen vor allem in Bergheim und der Bahninsel¹² neben der behutsamen Stadtarrondierung eine ganz erhebliche Bedeutung zukommen wird. Neue Siedlungsflächen sollen bei ausreichend gemischter Bebauung mit Vorrang dem Bau von preiswerten Wohnungen dienen. Um den Zuwachs der Siedlungsfläche so gering wie möglich zu halten, muss in allen Bereichen auf eine intensivere Flächenausnutzung hingewirkt werden. Es ist eine maßvolle Innenentwicklung durch Nachverdichtung gemäß eines nach sozialverträglichen, stadtbildpflegerischen und stadtklimatologischen Gesichtspunkten zu erarbeitenden städtebaulichen Dichtungsplans* anzustreben.

Vorrang bei einer Bebauung haben in der Regel diejenigen Gebiete, die dem Mittelpunkt der Stadt am nächsten und entlang der ÖPNV-Trassen liegen.

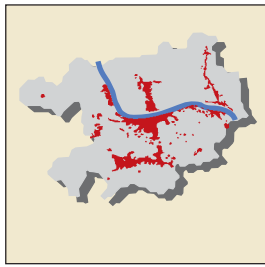
¹² Nach einem Namenswettbewerb unter Heidelberger Bürger/innen mit fast 800 Einsendungen entschied sich der Gemeinderat am 9. April 2003 für den Stadtteilnamen Bahnstadt.*



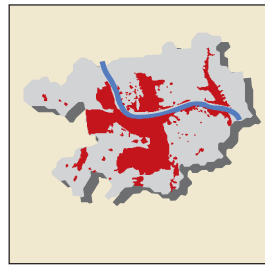
bis 1838



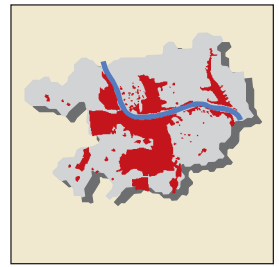
bis 1906



bis 1938



bis 1980



bis 2005

Siedlungsentwicklung Heidelberg

Die Einheit von Stadt- und Landschaftsraum als wichtiges Strukturmerkmal der Stadtentwicklung ist auch zukünftig zu bewahren

Durch die besondere Lage im Neckartal wird das Bild der Stadt neben der Qualität des historischen Stadtbildes* nachhaltig durch die landschaftsräumliche Einbindung geprägt. Sowohl unter stadt- und landschaftsgestalterischen Gesichtspunkten als auch unter den Aspekten einer ökologisch sinnvollen Weiterentwicklung ist dieses vorhandene Potential langfristig zu sichern. Städtebaulichen Eingriffen in der Kernstadt ist das Leitbild „Stadt am Fluss“ voranzustellen. Das Landschaftsbild ist planerisch zu schonen und zu pflegen durch bauleitplanerisch festgelegte Bebauungssperren.

Die für die Stadt wesentlichen groß- und kleinräumigen Freiflächen sind zu erhalten und zu entwickeln

Dabei sind die Abhängigkeiten zwischen landschaftsräumlichen und siedlungsstrukturellen Qualitäten zu berücksichtigen. Die für das Stadtbild in weiten Teilen typische offene Bebauung mit hohen Vegetationsanteilen verbietet in weiten Teilen der Stadt eine zusätzliche bauliche Verdichtung; dies gilt insbesondere für die empfindlichen Hangbereiche beidseitig des Neckars und die für den Luftaustausch lebensnotwendigen Frischluftschneisen.

Trotz Verdichtung und Arrondierung der bebauten Stadtfäche muss Heidelberg seinen Charakter als Stadt im Grünen mit hochwertigen Erholungsflächen und einem funktionsfähigen Naturhaushalt

bewahren. Diese noch vorhandenen städtebaulich/landschaftsplanerischen Qualitäten sind zu stärken. Es ist deshalb ein gesamtstädtisches Freiflächenkonzept* zu erstellen.

Gebietsprägende und erhaltenswerte kleinräumige städtebauliche Qualitäten sind bei der zukünftigen Siedlungsentwicklung zu respektieren

Mit der planungsrechtlichen Sicherung zu erhaltender städtebaulicher Strukturen ist die Entwicklung der kleinräumigen Identität zu gewährleisten. Dabei ist mit Ausnahme der Gebiete mit städtebaulichen Mängeln die gegenwärtig gebietsprägende Bebauungsform als Leittyp maßgebend. Die „stadtbildprägenden Quartiere“ sind langfristig in ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild zu sichern. Sie sind aufgrund ihrer Gestaltelemente in Form des Quartiersgrundrisses sowie der Bau- und Freiflächenstruktur durch eine vergleichsweise homogene Maßstäblichkeit geprägt. Sie sind typische Beispiele einer spezifischen, dem jeweiligen Zeitgeist unterworfenen Architektur- und Städtebauvorstellung. Es sollte eine umgehende Einsetzung eines Beirates* für Stadtgestaltung und Stadtbildpflege erfolgen.

Die Stadtteilzentren sind als Versorgungsschwerpunkte und als Identifikationsräume der Stadtteile zu stärken

Aus den historischen Siedlungskernen der einzelnen Stadtteile, die bis heute im Stadtgefüge ablesbar sind, haben sich lokale Zentren entwickelt, deren

Bedeutung unter dem Grundsatz der Förderung der „Stadt der kurzen Wege“ zunehmen wird. Sie unterliegen jedoch heute mehr denn je der Gefahr, durch die Konkurrenz auf der Grünen Wiese ihre Funktion als Angebotsschwerpunkt zu verlieren. Diesen Funktionsverlust gilt es zu verhindern. Dabei ist die City in ihrer Bedeutung als übergeordnetes Zentrum unter Beachtung der historischen Struktur zu sichern.

Bauliche Barrieren vermeiden

Städtebauliches Ziel ist es, die gesamte bauliche Umwelt in Heidelberg barrierefrei* zu gestalten, damit alle Menschen in der Stadt unbehindert den gesamten Lebensraum erreichen und weitgehend ohne fremde Hilfe benutzen können. Dies ist die Basis einer selbständigen Lebensführung und Grundlage für die Kommunikation zwischen den Menschen und dem Zusammenleben verschiedener Generationen (vgl. Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom 28.09.95).

Mehr Mischnutzung und Aufenthaltsqualität

Zentrales Thema des Städtebaus ist die Rekonstruktion des öffentlichen Raumes, der Straßen und Plätze. Dazu ist eine konsequente Mischung der Funktionen auf engem Raum – also Wohnen – Arbeiten – Freizeit etc. – anzustreben, damit Urbanität entsteht. Dichtere Bauformen, komplexe Nutzungsstrukturen, die Rückgewinnung der Straße als Lebensraum, Reduzierung von Angsträumen und eine Ausgewogenheit von privatem und öffentlichem Raum sind die Leitgedanken dabei.

*Mehr Informationen dazu im Anhang

Zielbereich regionale Kooperation und Regional- entwicklung

5.

Durch neue Formen der regionalen Kooperation den Interessenausgleich sichern

Warum stärkere regionale Kooperation?

Die intensiven Verflechtungen Heidelbergs mit der Region, die Komplexität sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Probleme machen einen stadtentwicklungspolitischen Ansatz erforderlich, der nicht vor den Toren Heidelbergs Halt macht. Die Dringlichkeit der anstehenden Aufgaben, wie die Abstimmung der Boden-, Wohnungs- und Arbeitsmärkte im regionalen Verbund*, lässt mehr denn je einen Ausbau der Koordination in der Region richtig erscheinen. Die drängenden Probleme, ob im Verkehr, beim Wohnungsangebot, bei der Wirtschaftsentwicklung oder beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen,* können nur gemeinsam in nachbarschaftlichem Einvernehmen gelöst werden. Die Stadtentwicklungspolitik von Heidelberg muss sich ihrer Verantwortung für die Region bewusst sein und sich als Teil eines Ganzen betrachten.

Zusammenarbeit richtig verstanden

Für die Zukunft wird eine Stadtentwicklung benötigt, die die interkommunale Zusammenarbeit stärkt und Lebensqualität regional definiert. Es sollen deshalb Wege zur partnerschaftlichen und kooperativen interkommunalen Zusammenarbeit gesucht werden.

Dies bedeutet konkret: Die Aufgaben, die Heidelberg alleine bewältigen kann, soll es alleine bewältigen, die Aufgaben, die in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen besser zu lösen sind, sollen gemeinschaftlich gelöst werden. Die Stadt Heidelberg entwickelt hierzu

offene Konzepte und geht mit diesen auf die Gemeinden der Region zu.

In der Umsetzung bedeutet dies, dass auf dem Wege interkommunaler Vereinbarungen eine bessere Abstimmung mit den Umlandgemeinden in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer und kultureller Hinsicht angestrebt wird.

Heidelberg beteiligt sich an der Verwirklichung des Zieles, regional ein ausreichendes Wohnungsangebot bereitzustellen, das effizient genutzt und unter sozialen Kriterien vergeben wird.

Bei der Akquisition neuer Arbeitsplätze (Ersatzarbeitsplätze) gilt es zukünftig verstärkt zusammenzuarbeiten, um die jeweiligen Standortpotenziale in der Region optimal zur Geltung zu bringen.

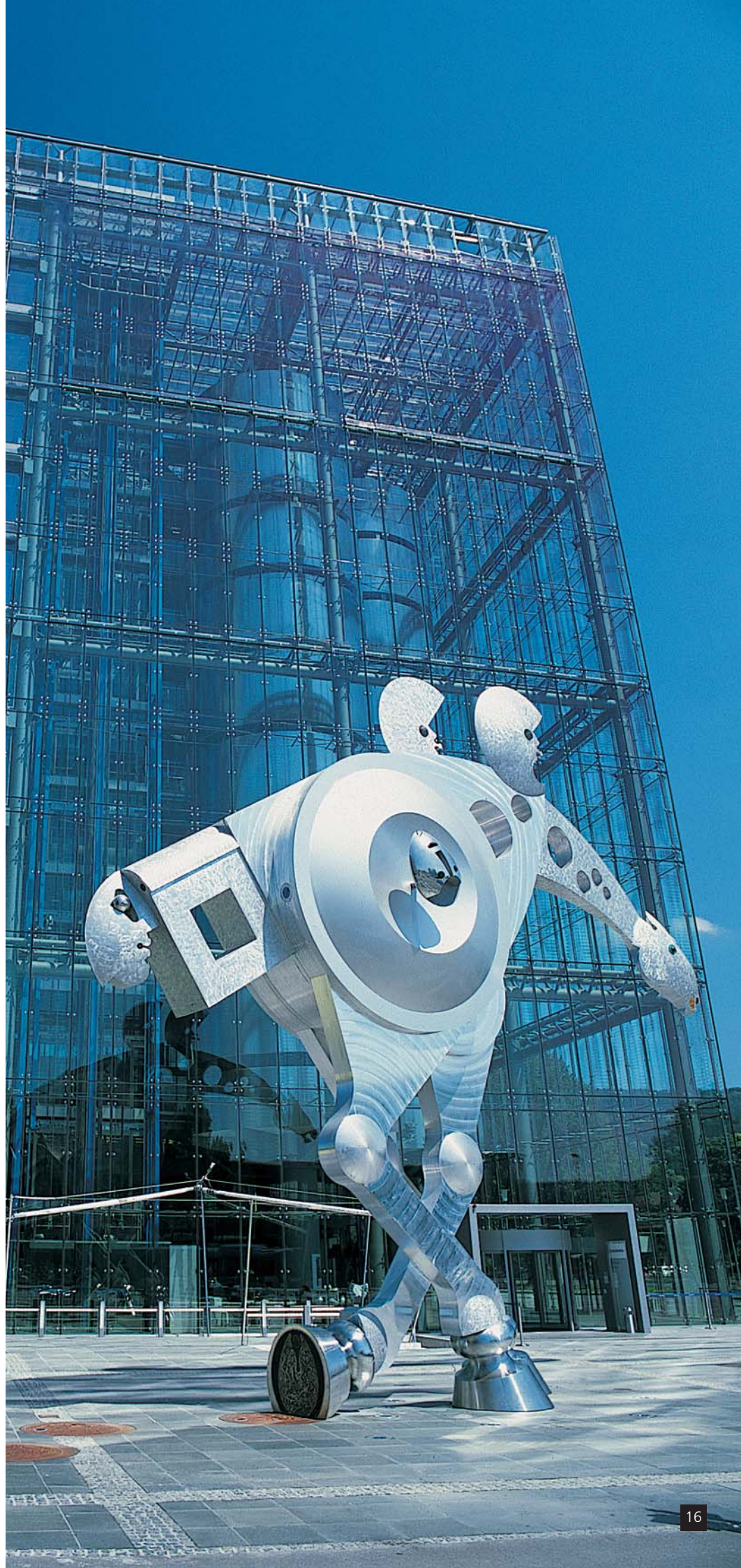
Auch die Kooperation mit den Kulturinstitutionen des Rhein-Neckar-Dreiecks¹³ ist weiter auszubauen, wobei die spezifischen Merkmale Heidelbergs einzubringen sind.

Bei der Lösung sozialer Fragen werden ebenfalls regionale Kooperationsstrukturen angestrebt.

13 Am 24. Mai 2005 wurde die Region Rhein-Neckar in den Kreis der europäischen Metropolregionen aufgenommen. Seit 1. Januar 2006 gibt es den Verband Region Rhein-Neckar.

*Mehr Informationen dazu im Anhang





Zielbereich Arbeiten

6.

Vollbeschäftigung anstreben

Wege aus der Krise eröffnen

Die Stadt Heidelberg ist bestrebt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die wirtschaftliche Entwicklung so zu beeinflussen, dass die in den Leitlinien genannten sozialen und ökologischen Ziele soweit wie möglich erreicht werden können.

Strukturwandel positiv nutzen

Oberstes Ziel für die Stadt Heidelberg ist eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, die langfristig ein breites Arbeitsplatzangebot sichert und wirtschaftlich erfolgreich ist. Der wirtschaftliche Strukturwandel ist dahingehend zu unterstützen, dass ein sozial und ökologisch sinnvolles Arbeitsplatzangebot mit verstärkten regionalen Warenströmen entsteht, die Flächeninanspruchnahme reduziert wird und sich die räumliche Zuordnung von Wohnen und Arbeiten verbessert.

Die bestehenden Produktionsstätten sollten erhalten bleiben. Innovativen Unternehmen, vor allem im Bereich der Umweltforschung und -technologie,* ist die Ansiedlung in Heidelberg zu ermöglichen. Damit eine möglichst konstante wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt erreicht wird, muss eine gute Mischung der Produktionssparten angestrebt werden.

Insgesamt gilt es, die Entwicklungschancen der Heidelberger Unternehmen durch entsprechende Rahmenbedingungen zu sichern, neue dort zu fördern, wenn sie den Zielen der Stadtentwicklung entsprechen. Kann dies nicht flächeneutral geschehen, sind ausreichend Flächen bereitzustellen. Hierfür ist rechtzeitig Vorsorge* zu tragen.¹⁴

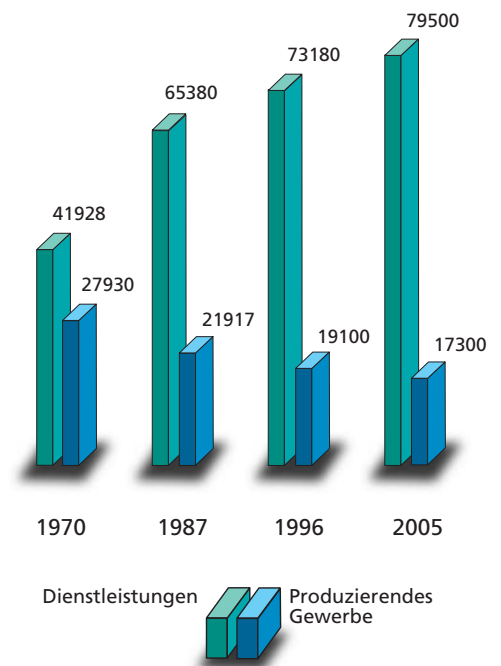
Die Stadtverwaltung fördert steuer- und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit allen tariflichen und gesetzlichen Rechten und Gesetzen, als Auftraggeberin wie auch als Arbeitgeberin.

Heidelberg ist dann „gesund“, wenn es eine möglichst große Synthese der verschiedensten Arbeitsplatzangebote gibt. Parallel zu den hochqualifizierten Arbeitsplätzen ist der gewerblich-technische Bereich, also auch Handwerk, Handel und Dienstleistungen zu entwickeln.

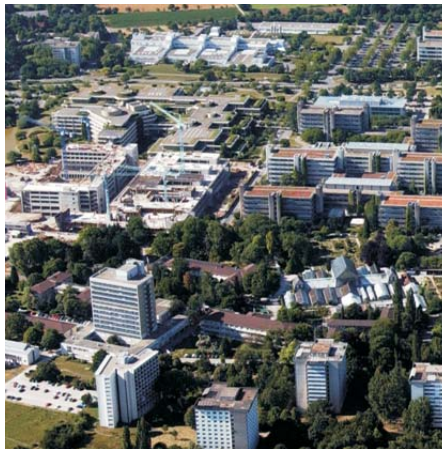
Neue Formen der Erwerbsarbeit unterstützen

Da Vollbeschäftigung aus vielerlei Gründen nicht erreichbar sein wird, sind neue Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit und neue Formen der Existenzsicherung auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Dazu gehört auch die gerechte Umverteilung von ökologisch und sozial sinnvoller Erwerbsarbeit. Modelle der Teilzeitarbeit, der Arbeitszeitreduzierung sind zu fördern. Eine wichtige Vorreiterrolle spielen dabei die städtische Verwaltung und die städtischen Eigenbetriebe. Außerdem fördert die Stadt Heidelberg zukunftsweisende Projekte aktiver und nachhaltig wirkender Beschäftigungspolitik sowie Projekte ökonomischer Selbsthilfe und stärkt allgemein die Selbsthilfepotenziale.

¹⁴ Abweichendes Votum der GAL-Fraktion: Die letzten beiden Sätze „Kann dies nicht ... Vorsorge zu tragen.“ seien zu ersetzen durch: „Langfristig ist durch Flächenrecycling im Bereich von Gewerbe- und Verkehrsbrachen genügend Reserve vorhanden, um die Entwicklungschancen der Wirtschaft durch verkehrsgünstige Standorte zu wahren. Dies ist im Dichteplan ausreichend zu berücksichtigen.“



Beschäftigte in Heidelberg
nach Wirtschaftssectoren



Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen

Zur internationalen Vielfalt unserer Kommune trägt die Universität Heidelberg in erheblichem Maße bei, die als eine der ältesten Universitäten der Welt mit ihrem umfangreichen internationalen wissenschaftlichen Austausch weltweit bekannt ist. Es sollte eine engere Kooperation mit der Universität und den Forschungseinrichtungen angestrebt werden, um den internationalen wissenschaftlichen Austausch zu bewahren und auszubauen.

Das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft wird gefördert. Ziel ist dabei vor allem ein Belegungseffekt für die Arbeitsplätze im Produzierenden Sektor, sofern sie den Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens entsprechen. Hierzu ist eine enge Kooperation mit der Universität und den vorhandenen Forschungseinrichtungen anzustreben. In der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Heidelbergs werden wissenschaftliche Erkenntnisse eine immer bedeutendere Rolle spielen.

In der Förderung der Innovationskultur liegt ein wesentlicher Beitrag zur Zukunftssicherung. Es gilt, die Innovationskraft an den Industriestandorten der Stadt Heidelberg und des Rhein-Neckar-Dreiecks¹⁵ zu stärken. Die Synergieeffekte der vielfältigen Wirtschafts- und Hochschulstruktur durch die Initiative des Zukunftsforums Rhein-Neckar-Dreieck¹⁶ sollen genutzt werden.

Beim Ausbau der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft versteht

sich die Stadt als Moderatorin. Eine für die Stadt Heidelberg besonders nahe-
liegende und gleichzeitig wichtige Aufgabe ist es, den Transfer von universitärem Wissen in die Wirtschaft zu fördern und damit zu innovativen Entwicklungen beizutragen. Der Technologiepark ist hierfür ein interessanter Ansatz, der durch eine Förderung der Risikofolgenabschätzung zu ergänzen ist.

Verdrängungswettbewerb verhindern

Eine einseitige Entwicklung mit Verdrängungseffekten für den Produzierenden Sektor gilt es zu verhindern.

Einkaufszentren und großflächige Einzelhandelsbetriebe* mit innerstädtischen Sortimenten am Stadtrand sind abzulehnen, wenn sie die Attraktivität des innerstädtischen Handels und damit auch die Stadt als Kommunikations- und Tourismuszentrum beeinträchtigen.

Es ist alles zu tun, um die Heidelberger Einzelhandelsstruktur zu erhalten und somit die vorhandenen Arbeitsplätze, die vor allem Frauenarbeitsplätze sind, zu sichern.

Stärkung von Mittelstand und Handwerk

Kleinere und mittelständische Betriebe* – vor allem des Handwerks und des Einzelhandels der Nahversorgung – sollen eine besondere Standortsicherung erfahren. Hierzu sind unter anderem Vergaberichtlinien unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte zu entwickeln, die das regionale Handwerk durch eine bevorzugte Vergabe öffent-



licher Aufträge an dasselbe stärken. Es sollen zentral gelegene Handwerksquartiere geschaffen werden.

Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken

Erreicht werden soll die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen muss unterstützt werden. Die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben muss für alle Erwerbstätigen erleichtert werden.

Es ist wichtig, alle Handlungsspielräume auszuschöpfen, um Frauen am Arbeitsmarkt zu schützen und zu fördern. Nötig ist eine konsequente Umsetzung des Frauenförderplans in der Stadtverwaltung. Bestehende Benachteiligungen der Frauen in der Arbeitswelt müssen auf allen politischen Ebenen ausgeglichen werden.

Flächenverbrauch senken

Um die wirtschaftliche Entwicklung von der gewerblichen Flächeninanspruchnahme zu entkoppeln, sollen u. a. untergenutzte Flächen mobilisiert und der Gewerbeneubau möglichst verdichtet realisiert werden. Die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen soll nur dann erfolgen, wenn eine höhere Flächenausnutzung zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der Stadtentwicklung nicht ausreicht. Grundsätzlich ist die Stadt bestrebt, das kommunale Gewerbeflächenmanagement in ein regionales Gewerbeflächenmanagement einzubringen.

Insgesamt muss darauf hingewirkt werden, dass angesichts der allgemeinen Ressourcenknappheit auch im Wirtschaftsbereich eine höhere Flächenausnutzung erreicht wird. Die Standortwahl ist auch im Hinblick auf die wachsende Verkehrsbelastung innerhalb der Region zu optimieren.

Funktionsmischung muss verträglicher als bisher mit anderen gesellschaftlichen Interessen und den natürlichen Anforderungen in Einklang gebracht werden. Stärker als bisher müssen auch kleinteilige und dezentrale Lösungen sowie Flächenrecycling, höhere Dichten und gemischte Strukturen (Funktionsmischung) angestrebt werden.

Wiedereingliederung ins Erwerbsleben unterstützen

Gerade unter beschäftigungspolitischen Aspekten kommt der Wiedereingliederung in das Erwerbsleben ein hoher Stellenwert zu. Entsprechende Maßnahmen werden wie bisher gezielt gefördert.

Die Stadt Heidelberg wird die Ausgabe ihrer Investitionsmittel an die effiziente Sicherung örtlicher Arbeitsplätze binden. Im Interesse einer aktiven Arbeitsmarktpolitik soll die Vergabe eines Teiles der öffentlichen Aufträge an die Beschäftigung Langzeitarbeitsloser und leistungsgeminderter Personen gebunden werden.

Der Beschäftigung behinderter Menschen widmet Heidelberg besondere Aufmerksamkeit, indem sie Projekte mit entsprechender Zielsetzung fördert.

Städtische Auftragsvergaben bindet sie an die Erfüllung der gesetzlichen Beschäftigungsquote des Auftragnehmers.

Die Stadt sieht einen hohen Bedarf an Arbeit für soziale und ökologische Zwecke sowie in der Nachbarschaftshilfe. Die Stadt wird Initiativen von und für Menschen unterstützen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden.

Auch der Ausbildungsstellenmarkt in Heidelberg und der Region muss verbessert werden.

Kommunale Wirtschaftsförderung regional einbinden

Als Grundlage für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftsförderung ist ein regionales Gewerbebeobachtungssystem zu entwickeln. So ist bei der Akquisition von neuen Arbeitsplätzen verstärkt interkommunal zusammenzuarbeiten, wenn sie über den Ersatz der bestehenden Arbeitsplätze in Heidelberg hinausgeht. Bei sämtlichen Maßnahmen sind die sozioökonomischen und ökologischen Folgen zu beachten.

Heidelberg sollte in Abstimmung mit anderen Kommunen im Rhein-Neckar-Dreieck neue Formen der Wirtschaftsförderung erarbeiten. Hierbei ist insbesondere an die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete zu denken. Im Industriesektor ist ein regionales Strukturmanagement am dringlichsten. Wichtig ist jedoch die Bestandspflege, d.h. die Betreuung der ansässigen Firmen. Ein entsprechendes Informationssystem für eine gezielte Wirtschaftsförderung ist aufzubauen.

Quantitativer Rahmen (Stand 1996):

Derzeit gibt es in Heidelberg 94.000 Arbeitsplätze¹⁷. Unser erklärtes Ziel ist es, dieses Niveau zu halten. Hierzu bedarf es großer Anstrengungen. Der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft ist aktiv zu nutzen. Ein Ansteigen der Beschäftigtenzahl lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nur durch Umwandlung von Vollzeit-arbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze erreichen.

15 Am 24. Mai 2005 wurde die Region Rhein-Neckar in den Kreis der europäischen Metropolregionen aufgenommen. Seit 1. Januar 2006 gibt es den Verband Region Rhein-Neckar.

16 Jetzt: „Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. (ZMRN)“ und „Metropolregion Rhein-Neckar GmbH“*

17 2005 liegt diese Zahl bei 97.000 bedingt durch die hohe Zahl an Teilzeitarbeitsplätzen.

*Mehr Informationen dazu im Anhang





Zielbereich Wohnen

Preiswerten Wohnraum
schaffen und sichern

Wohnraum für alle

Das Menschenrecht auf Wohnung ist zu sichern.

Die Stadt Heidelberg strebt eine ausreichende Versorgung mit Wohnungen an, insbesondere für Haushalte mit durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Einkommen und anderen Benachteiligten am Wohnungsmarkt, die ihren Arbeits-/Lebensmittelpunkt in Heidelberg haben. Der mittlerweile regionalisierte Wohnungsmarkt soll insgesamt funktionsfähiger werden, damit sich wieder größere Gruppen aus eigener Kraft am Wohnungsmarkt versorgen können.

Es ist ein Konzept zur bedarfsgerechten Versorgung mit Wohnraum in Heidelberg vorzulegen. Bezahlbarer Wohnraum muss auch in den gewachsenen Stadtbezirken, so auch in der Innenstadt, geschaffen werden.

Verdrängungsprozesse verhindern

Verdrängungs- und Segregationsprozesse, von denen die oben genannten Gruppen betroffen sind, sollen vermieden werden. Aufwertungsprozesse von Stadtteilen sollen nicht zu Lasten der Sozialverträglichkeit gehen. Soziale Härten sind in jedem Falle zu vermeiden.

Preiswertes Wohnen

Dies lässt sich nur realisieren, wenn die Stadt besseren Zugriff auf Bauland* erhält. Dazu ist ein kommunaler Bodenfonds einzurichten. „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen“ und preiswerte Baumöglichkeiten im Innenbereich sind zu prüfen.

Genossenschaftliches Bauen mit Eigenbeteiligung zwecks Kostensenkung ist zu erwägen. Die Möglichkeiten zum kostengünstigen Bauen sind intensiv zu prüfen. Durch Reduktion der Erschließungskosten und Nutzung von Rationalisierungsréserven in der Bauplanung und beim Ablauf von Bauprojekten ergeben sich u. a. Einsparmöglichkeiten. Flächen für den Bau bezahlbarer Wohnungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen sind in ÖPNV-günstigen Stadtgebieten zu schaffen.

Heidelberg hat gemeinsam mit fast allen anderen Großstädten das Problem auslaufender Belegungsbindungen im Sozialwohnungsbestand. Die Stadt strebt an, den Bestand an belegungsgebundenen Wohnungen nicht nur durch den Neubau, sondern auch durch den Ankauf von Belegungsbindungen zu sichern.

Darüber hinaus bleibt es Ziel der Stadt, durch Schaffung oder Sicherung von Belegungsbindungen für jene Haushaltsgruppen Wohnraum bereitzustellen, die sich auch bei verbesserten Bedingungen am Markt nicht versorgen können.

Wohnungsbau und Beschäftigungspolitik sollen miteinander verknüpft werden. Dabei sind Formen des genossenschaftlichen Eigentums von Selbsthilfeinitiativen zu unterstützen. Das Wohnungsentwicklungsprogramm soll dementsprechend ergänzt werden.



Flächeninanspruchnahme bremsen

Auch im Wohnungsbau soll eine unnötige Flächeninanspruchnahme vermieden werden. Deswegen sollen durchschnittliche Mindestdichten im Neubau eingehalten und der Trend zum Wachstum der Wohnflächen pro Person insgesamt gebremst werden. Dem steigenden Wohnflächenkonsum soll durch ein kleinteiliges und differenziertes Maßnahmenpaket der Stadt, wie z. B. stadtteilbezogener Wohnungstausch, begegnet werden. Die Stadt Heidelberg entwickelt hierzu geeignete Angebote und Entwicklungskonzepte.

Unterschiedliche Lebensphasen und -formen berücksichtigen

Die Stadt strebt an, neue Wohnformen zu fördern und zu unterstützen, die den geänderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen Rechnung tragen und wechselnden Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensalter und Lebensformen gerecht werden.

Ältere Menschen leben oftmals nach dem Auszug der Kinder und nach dem Tod des Partners in den ehemaligen Familienheimen/-wohnungen weiter. Dabei werden die großen untergenutzten Flächen vielfach zur Last, und eine Bereitschaft zum Umzug in eine kleinere Wohnung ist latent vorhanden. Allerdings müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Die Stadt Heidelberg sollte hieran anknüpfen und versuchen, alten Menschen Angebote zum Umzug innerhalb des Stadtteils zu unterbreiten, damit soziale Bezüge bestehen bleiben. So könnten große Familienwohnungen für nachrückende Generationen verfügbar gemacht und der Neubaubedarf

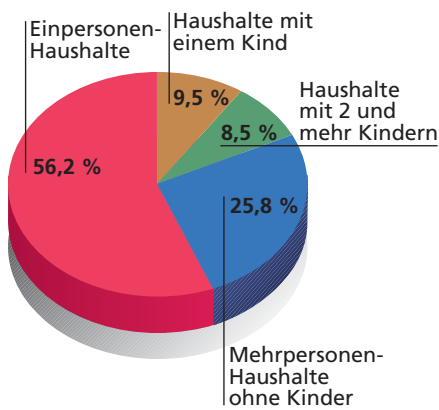
reduziert werden. Generell sind Strategien zu entwickeln, die eine freiwillige Einsparung von Wohnraum fördern.

Lebendiges Wohnumfeld

Wohnumfelder sind so zu gestalten, dass durch ihre quantitative und qualitative Dienstleistungsinfrastruktur ein selbstbestimmtes Leben in lebendigen sozialen Beziehungen gefördert wird. Die Bedürfnisse von Kindern sollen stärker berücksichtigt werden (z.B. durch Spielraumrückgewinnung). Der Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur wird dabei besondere Bedeutung geschenkt. Bei der Planung städtebaulicher Maßnahmen und bei der Infrastrukturplanung (Verkehrswege, Spielflächen, Kindergärten etc.) muss eine „Familien- und Kinderverträglichkeitsprüfung“ durchgeführt werden. Wohnungs- und Umfeldplanung müssen familien- und frauengerechte Aspekte berücksichtigen.

Förderung ökologischen Bauens

Die Stadt setzt sich insbesondere für ein energiesparendes, ökologisches Bauen und Umbauen ein und strebt hohe Baudichten an, die aber das menschliche Maß beibehalten. Es geht dabei sowohl um die Besinnung auf ökologische Zusammenhänge und Erfordernisse als auch um die Anwendung von ressourcensparenden und umweltschonenden Verfahren und die Beachtung von sich selbst regelnden Kreisläufen. Ökologische und energiesparende Baustandards, in Bebauungsplänen festgesetzt, tragen nicht nur zum Umweltschutz bei, sondern senken auch die Wohnnebenkosten.



**Haushalte insgesamt in Heidelberg
am 31.12.2005**



8.000 bis 10.000 Wohnungen mehr¹⁸

Die Stadt strebt an, unter Konzentration ihrer Anstrengungen auf den preisgünstigen Mietwohnungsmarkt, die Wohnversorgung auf den konzeptionell bereits vorgesehenen Flächen zu sichern. Diese reichen für etwa 8.000 bis 10.000 Wohnungen und eine Bevölkerung von etwa 143.000 Einwohnern¹⁹ aus. Die Zahl der zu bauenden Wohnungen soll dem Bedarf und der Nachfrage angepasst werden. Das Nähere regelt die jeweilige Fortschreibung des Wohnungsentwicklungsprogramms. Dabei wird angestrebt, dass der Zuwachs des Wohnflächenkonsums nicht über 2,5 qm pro Kopf steigt (Durchschnitt 2010: 37 qm/Einwohner²⁰). Ziel ist es, diesen Zuwachs durch geeignete Maßnahmen zu senken.

Regionale Vorsorge einplanen

Sollten Indikatoren dafür sprechen, dass diese Annahmen nicht zutreffen und ein Bauvolumen von maximal 10.000 Wohnungen bis 2010 selbst unter deutlicher sozialer Schwerpunktsetzung nicht ausreicht, den Bedarf zu befriedigen, sollte an die Region das Angebot einer finanziellen Beteiligung an der Bereitstellung von Wohnungen gemacht werden. Die Stadt Heidelberg sollte im Gegenzug Zugriff auf Wohnraum bekommen, den sie bevorzugt an junge Familien und sozialorientierte Bauträger vergibt. Heidelberg unterstützt in der Region nur die Erschließung von Wohnraum in günstiger Zuordnung zu Trassen des öffentlichen Personennahverkehrs und zu Arbeitsplatzschwerpunkten.

Quantitativer Rahmen (Stand 1996):

Die Zahl der Einwohner in Heidelberg nimmt bis zum Jahr 2010 in der mittlere

Entwicklungsvariante auf rund 143.000 Personen zu. Daraus ergibt sich ein Wohnungsbedarf von 8.000 bis 10.000 Wohnungen.¹⁹ Dies setzt allerdings bereits voraus, dass Maßnahmen zur Reduzierung des Wohnflächenzuwachses pro Kopf erfolgreich sind und dieser nicht über 2,5 qm pro Kopf ansteigt.

Regionaler Wohnungsmarktausgleich

Insgesamt gilt es, eine verbesserte Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes auf regionaler Ebene herzustellen sowie alle Möglichkeiten der besseren Flächen- und Wohnraumausnutzung auszuschöpfen. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Kooperation mit der Region, wenn es um die Akquisition neuer Arbeitsplätze (Ersatzarbeitsplätze) und die räumliche Verteilung der Arbeitsplätze geht. Mittelfristig ist ein regionales Siedlungsrahmenkonzept zu entwickeln.

¹⁸ Abweichendes Votum der GAL-Fraktion: In der Überschrift, im Text und im quantitativen Rahmen seien „bis 10.000“ zu streichen bzw. durch „8.000“ zu ersetzen.

¹⁹ Aktuelle Angaben sind dem neuen Flächennutzungsplan 2015/2020 zu entnehmen. Das Wohnungsentwicklungsprogramm (DS 74/2005) von 2005 schätzt den Bedarf an Wohnungen bis zum Jahr 2020 auf 8.000 Wohnungen, d.h. 500 Wohnungen pro Jahr. Zur Einwohnerentwicklung siehe Kapitel 12.

²⁰ Bezogen auf alle Einwohner (sog. Wohnberechtigte Bevölkerung = Einwohner mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Heidelberg).

*Mehr Informationen dazu im Anhang.



Zielbereich Umwelt

8.

Klima- und Immissionsschutz vorantreiben

Der Energieverbrauch ist infolge der Emission von Kohlendioxid (bei fossilen Brennstoffen) der Hauptverursacher der global drohenden Klimakatastrophe. Klima- und Immissionsschutz* sowie die Erhaltung der natürlichen Ressourcen erfordern wirksame Maßnahmen zur Energieeinsparung und Minderung der Kohlendioxid-Emissionen. Die Stadt Heidelberg hat sich zu einer Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen um mindestens 20 % bis zum Jahre 2005²¹ (bezogen auf die Werte von 1987) verpflichtet. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen (Verkehrsberuhigung, ÖPNV-Förderung, Einsatz regenerativer Energien, Fachberatung etc.) haben bereits zu erkennbaren Verbesserungen geführt. Sie reichen jedoch immer noch nicht aus. Hierzu ist weiterhin die schrittweise Umsetzung des Heidelberger Klimaschutzkonzeptes²² erforderlich. Es sieht u.a. Maßnahmen zur Energieeinsparung bei den kommunalen Liegenschaften, zur Senkung des Energiebedarfes bei privaten Gebäuden und beim Verkehr vor. Sie sollen durch entsprechende Information und Motivationsaktionen unterstützt werden.

Umweltqualitätsziele einführen

Darüber hinaus wurden bereits im Rahmen des Luftreinhalteplanes für den Großraum Mannheim/Heidelberg eine Reihe von Umweltqualitätszielen zur Reduzierung der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid, Benzol, Dieselruß und Ozon beschlossen. Über diese bereits beschlossenen, im Wesentlichen auf den

Verbesserung der Umweltsituation und dauerhafter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden, Luft, Natur und Landschaft

Energieverbrauch und die Luftqualität bezogenen Ziele möchte die Stadt Heidelberg auch einen verminderten Zugriff auf natürliche Ressourcen* in den Bereichen Boden, Wasser, Landschaft gewährleisten und einen Beitrag zum Biotop- und Artenschutz* leisten. Auch für die anderen Umweltmedien sind deshalb Umweltqualitätsziele zu entwickeln, die im Rahmen eines Naturhaushaltsplanes regelmäßig zu überprüfen sind.²³ Bei der Formulierung von Umweltqualitätszielen gilt es, auf wirtschaftliche Verträglichkeit und Zumutbarkeit zu achten.

Naturhaushaltsplan fördert jährliche Bilanzierung

Zur Einleitung einer zukunftsbeständigen Entwicklung besitzt die Erstellung eines Naturhaushaltsplanes eine tragende Rolle. In bewusster Anlehnung an die kommunale (Finanz-) Haushaltswirtschaft soll ein Haushaltsplan für die Naturgüter und die Umweltqualität entworfen, vom Gemeinderat beschlossen und während eines festzusetzenden Haushaltsjahres ausgeführt werden. Ziel ist, die natürlichen Ressourcen – wie menschliche Gesundheit, Landschaft, Klima, Luft, Boden, Wasser, Flora und Fauna – mit derselben haushälterischen Sorgfalt zu behandeln wie die künstliche Ressource Geld. Mit einem derartigen Haushaltsplan können Gemeinderat und Verwaltung eindeutige und nachvollziehbare kommunale Umweltstandards und -ziele setzen und diese in der Praxis verwirklichen.

Dem Trend zur Zersiedlung entgegensteuern

Die zukünftige Siedlungsentwicklung in der Region sollte auf einer kompakten und durchmischten Neubauweise, die sich an ökologischen Kriterien orientiert, aufbauen. Der derzeitige Trend zur Dispersion muss aufgehalten werden. Dabei kommt der Steuerung der Wohnstandortwahl und der Beeinflussung der Nachfrage eine entscheidende Bedeutung zu. Eine in die genannte Richtung wirkende Konzeption erfordert ein koordiniertes Vorgehen in der Region. Standorte städtebaulicher Entwicklung müssen durch den ÖPNV ausreichend erschlossen werden. Heidelberg sollte sich dafür in der Region einsetzen und sich für einen Verband²⁴ stark machen, der die Kompetenzen zur Flächennutzungsplanung, Wirtschaftsförderung und Verkehrsplanung vereinigt. Darüber hinaus sollte eine regionale Bodenvorratspolitik ins Leben gerufen werden. Eine maßvolle Nachverdichtung (Siedlungskonzentration und Innenschließung) nach klimaökologisch vertretbaren Vorgaben ist möglich.

Städtisches Freiflächenkonzept erforderlich

Um auch den Raumansprüchen der Natur in der Stadt gerecht zu werden, ist ein Freiflächenkonzept zu entwickeln, das auch die Land- und Forstwirtschaft einschließt. Freiflächen-, Siedlungs- und Verkehrskonzept bilden gemeinsam die Grundlage für das räumliche Strukturkonzept der Gesamtstadt.²⁵

Siedlungs- und Freiraumplanung müssen das Gesamtsystem der miteinander verbundenen Freiräume betrachten, wenn die nur noch begrenzt in der Stadt zur Verfügung stehenden Flächen optimal genutzt werden sollen. Wichtigstes Gestaltungselement im Außenbereich wird die Biotopvernetzung bzw. die Schaffung eines Biotopverbundsystems sein. Ziel ist die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt der Landschaft und ihres ökologischen* Grundmusters sowie eine Verbesserung des Landschaftsbildes.

21 Mit Beschluss der „Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Heidelberg 2004“ am 16.12.2004 wurde der Zeithorizont 2015 festgelegt (DS 0237/2004/BV). Die quantitativen Vorgaben wurden nicht geändert.

22 Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, (Hrsg.), Klimaschutz Heidelberg – Handlungsorientiertes kommunales Konzept zur Reduktion von klimarelevanten Spurengasen für die Stadt Heidelberg, bearbeitet durch das ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH, Heidelberg 1992.

23 Dies könnten sein:

- Reduzierung des Frischwasserverbrauchs pro Kopf
- Verringerung des Schadstoffgehaltes im Abwasser
- Versickerung des Regenwassers
- Entsiegelung von versiegelten Flächen
- Reduzierung der Lärmbelastung
- Reduzierung der Abgasbelastung
- Reduzierung des Abfallaufkommens
- Sicherung und Ausbau der Biotopflächen im Freigelände und Wald
- Förderung der Umstellung der Heidelberger Landwirtschaft auf ökologische Bewirtschaftung
- Gestaltung der Heidelberger Forstwirtschaft nach den Grundsätzen der Naturnahen Waldwirtschaft
- Unterstützung der Heidelberger Unternehmen und Behörden beim Aufbau von Umweltmanagementsystemen.

24 Am 24. Mai 2005 wurde die Region Rhein-Neckar in den Kreis der europäischen Metropolregionen aufgenommen. Seit 1. Januar 2006 gibt es den Verband Region Rhein-Neckar.

25 Auf die Grundsatzbeschlüsse im Zielbereich Städtebauliches Leitbild (siehe Anhang) wird verwiesen.

Die Kalt- und Frischluftgassen (Talausgänge, Tälchen, Hangkerben) sowie die gesamten, als Frischlufttransportflächen dienenden Hangbereiche des Stadtgebietes sind als bauleitplanerisch auszuweisendes „klimatologisches Vorranggebiet“ freizuhalten.

Umweltbewusstsein fördern

Die Ziele einer zukunftsbeständigen Stadtentwicklung sind ohne die massive Unterstützung durch die Bevölkerung nicht erreichbar. Es bedarf deshalb von Anfang an eines sehr breit gefächerten Informations- und Kommunikationsangebotes zur Förderung des Umweltbewusstseins. Wesentliches Ziel der Förderung des Umweltbewusstseins sollte es sein, dass Eigeninitiative unterstützt wird.

Chancen für eine gesündere Kindheit

Für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen stellen „gesunde“ Lebens-, Spiel-, Arbeits- und Wohnräume eine der wichtigsten Voraussetzungen dar. Bei Maßnahmen zur Gestaltung und Erhaltung der städtischen Umwelt ist darauf zu achten, dass Kinder und Jugendliche in ihrem Lebensbereich Erfahrungen mit der Natur machen können.

*Mehr Informationen dazu im Anhang



Zielbereich Mobilität

9.

Förderung umweltfreundlicher Mobilität durch Angebotsverbesserungen, Reduzierung der Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr

Zielvorgaben des neuen Verkehrsentwicklungsplans

Der Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 bezieht sich in seinen Aussagen zur Verkehrsentwicklung und umweltfreundlichen Mobilität im wesentlichen auf die Vorgaben des neuen Verkehrsentwicklungsplans aus dem Jahr 1994. Die dort detailliert durchgeführte Bewertung der Heidelberger Verkehrssituation und der Umweltbelastung wird hier nicht mehr wiederholt. Aus dem neuen Verkehrsentwicklungsplan* ist desgleichen das Prinzip der globalen Verantwortung erkennbar.

Die Stadt Heidelberg möchte einen umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern, das heißt eine Mobilität,²⁶

- die die Umweltbelastungen reduziert,
- die Freiräume schafft und erhält,
- Räume für städtisches Leben wiederherstellt, bei der die einzelnen Verkehrsarten gleichberechtigt sind,
- die allen gleiche Mobilitätschancen einräumt und die besondere Situation mobilitätsbehinderter Menschen berücksichtigt,
- die Gefährdungen und Beeinträchtigungen verringert.

Die Förderung eines barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs und der sonstigen umweltfreundlichen Bewegungsarten hat Vorrang. Dabei ist für alle Stadtteile eine gleichwertige Erschließung vorrangig durch Straßenbahnverbindungen anzustreben. Die Umweltbelastungen sollen geringer, die

städtebauliche Situation (Stadt der kurzen Wege) besser, die Verkehrssituation entspannter, der Wirtschaftsverkehr funktionstüchtiger und der Straßenverkehr sicherer werden. Der arbeitsplatz- und freizeitbezogene private Autoverkehr, der durch den Umweltverbund ersetzbar ist, ist zu reduzieren. Die Förderung ökologischer und sozial verträglicher Mobilitätsformen, die Rücksicht auf die spezifischen Alltagswege und Nutzungsbedürfnisse der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer nimmt, ist zu intensivieren.

Die vorhandene Verkehrsinfrastruktur ist weiter auszubauen und zu verbessern. Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist zu gewährleisten durch ein ausreichendes Parkplatzangebot, die Einrichtung eines Verkehrs- und Hotelleitsystems, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und verkehrsentlastende Maßnahmen.²⁷

An den geplanten S-Bahn*-Haltepunkten muss eine Verknüpfung mit dem innerstädtischen öffentlichen Nahverkehr (auch OEG) sichergestellt werden. Am Hauptbahnhof müssen optimale Umsteigebedingungen zwischen Fern-, Regional- und Nahverkehr geschaffen werden. Es sind schnelle Zugverbindungen für Pendler über den ÖPNV-Bereich hinaus einzurichten.

²⁶ Vgl. hierzu: Stadt Heidelberg, Verkehrsentwicklungsplan Heidelberg 1994, Heidelberg 1994, S. 6.

²⁷ Abweichendes Votum der GAL-Fraktion: Der Satz „Die Erreichbarkeit ... verkehrsentlastende Maßnahmen“ sei zu ersetzen durch: „Die Erreichbarkeit der Innenstadt ist zu gewährleisten durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.“



Es sollte ein City-Logistik-Konzept* für Heidelberg unter Einbeziehung der vorhandenen Industriegleise entwickelt werden. Der Schwerlastverkehr ist logistisch zu bündeln. Ebenso sind großzügige Park-and-Ride-Lösungen für städtische Tageseinpender und Besucher zu planen und zu realisieren.²⁸

Umweltqualitätsziele und Verkehr

Es ist kein Zufall, dass die bereits beschlossenen Umweltqualitätsziele sich ausschließlich auf die Luftqualität, den Energieverbrauch und damit auch auf mögliche Veränderungen des globalen Klimas beziehen. Nachdem die Industrie- und Kraftwerksemissionen deutlich zurückgegangen sind, ist der wachsende Autoverkehr bei disperser Siedlungsentwicklung das bedeutsamste Umweltproblem in der Region geworden. Mit ca. 65 % ist die Quellengruppe Verkehr für die luftverunreinigenden Emissionen verantwortlich. Darüber hinaus ist der motorisierte Verkehr der Hauptverursacher von Lärmbelastungen.

Ein Schwerpunkt einer sowohl umwelt- als auch sozial- und wirtschaftsorientierten Stadtentwicklungspolitik ist folglich auf den Verkehrssektor zu beziehen. Mit dem Verkehrsentwicklungsplan vom Mai 1994 liegt für Heidelberg ein detaillierter und beschlossener Maßnahmenplan (unterteilt in vier Realisierungsphasen) für den Verkehrssektor vor, der sich den genannten Zielen verpflichtet fühlt.

Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr

Als Ergänzung ist eine Strategie der Entkoppelung von Mobilität und Kfz-

Verkehr anzustreben, um auch im Verkehrssektor Energie und Zeit zu sparen. Es geht darum, das Verkehrsaufkommen soweit wie möglich zu verringern (Verkehrsvermeidung) und auf umwelt- und stadtverträglichere Verkehrsarten zu verlagern.

Stadt der kurzen Wege

Mit der Entscheidung über die Siedlungsflächenentwicklung und die Zuordnung neuer Baugebiete zu den bisherigen Stadtteilen und den Grad der Mischung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen wird gleichzeitig das künftige Verkehrsaufkommen erheblich mitbestimmt. Dies gilt auch für den Bestand. Eine Stadt der kurzen Wege (größere Funktionsmischung) gilt nicht nur für die Versorgungsinfrastruktur, sondern auch für das Freizeitangebot. Dabei wird durch die Siedlungsentwicklung auch die Wahl der Verkehrsträger stark beeinflusst. Es sind deshalb durchmischte, kompakte Strukturen anzustreben, die die Möglichkeit zu einem hohen Anteil an Fuß- und Radwegen bieten. Sie halten auf engem Raum vielfältige Arbeitsplatz- und Dienstleistungsangebote bereit und eröffnen somit auch die Möglichkeit zur Bündelung von Wegen. Eine dichte Bebauung entlang des schienengebundenen Nahverkehrs mit einer hohen Bevölkerungsdichte, vor allem aber die Erschließung direkt bebauter städtischer Gebiete und derer des Umlandes, sind Grundlage einer attraktiven Versorgung mit Angeboten des öffentlichen Verkehrs.

28 Abweichendes Votum der CDU-Fraktion: Der ganze Abschnitt „Zielvorgaben des neuen Verkehrsentwicklungsplans“ bis „für städtische Tageseinpender und Besucher zu planen und zu realisieren.“ (S. 27-28) sei zu ersetzen durch: „Die Stadt Heidelberg möchte einen umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern, das heißt eine Mobilität,

- bei der die einzelnen Verkehrsarten gleichberechtigt sind,
- die Umweltbelastungen reduziert,
- die allen gleiche Mobilitätschancen einräumt,
- die Gefährdungen und Beeinträchtigungen verringert.

Die Bewältigung der Verkehrsprobleme braucht die Partnerschaft aller Verkehrsteilnehmer, wobei nicht verkannt werden soll, dass auch in Zukunft das Auto das wichtigste Verkehrsmittel bleiben wird. Bessere Angebote haben den Vorrang vor Verboten. Der öffentliche Nahverkehr soll auf Hauptlinien durch die Straßenbahn, im Übrigen durch Busse bedient werden. Das Liniennetz soll mit Vorrang für den Berufs- und Ausbildungsverkehr erweitert werden. Der Autoverkehr auf der südlichen Neckarseite soll in einen Tunnel verlegt werden. Rittel und Neuenheimer Feld sollen durch Brücke oder Tunnel verbunden werden. Radwege sind vorrangig auf verkehrsarmen Straßen zu führen. Einschränkungen des Verkehrsflusses durch sog. „verkehrsberuhigende“ Maßnahmen mit der Folge der Herbeiführung von energieverbrauchender, umweltbelastender Zähflüssigkeit des Verkehrs mit Staus und Stillstand sind zu vermeiden. Aus Gründen der Umweltentlastung sollten bei der Verkehrslenkung überflüssige Wege für Kraftfahrzeuge vermieden werden.“

*Mehr Informationen dazu im Anhang

Ausgrenzung verhindern

Heidelberg will eine Stadt des sozialen Ausgleichs sein, die Armut bekämpft, Ausgrenzungen verhindert und sozialräumliche Spaltungstendenzen überwindet. Im Sinne einer sozialverträglichen Stadtentwicklung wird schutzbedürftigen gesellschaftlichen Gruppen wie Kindern, Jugendlichen, Behinderten, Ausländern und alten Menschen Rechnung getragen. Das Miteinander von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft und Interessen soll gefördert werden. Dem Entstehen und der Ausübung von Diskriminierung und Gewalt ist entgegenzuwirken. Von Gewalt Betroffene müssen geschützt werden. Präventive und schützende Maßnahmen sind als wichtige Querschnittsaufgabe besonders zu fördern.

Heidelberg will das Zusammenleben aller in der Stadt und die gegenseitige Toleranz fördern. Heidelberg will eine Entwicklung einleiten, die allen Bewohnern die Chancen einer offenen Gesellschaft bietet und jene unterstützt, die Opfer des gesellschaftlichen Wandels zu werden drohen.

Die Tendenzen in den letzten Jahren haben vor allem eine großräumige, über die Grenzen Heidelbergs hinaus wirkende Entwicklung zur sozialen Segregation gefördert, der es entgegenzuwirken gilt. Aber auch innerhalb der Stadt gibt es Gebiete, die mit einem breiten Maßnahmenbündel vor einer weiteren Abwertung zu schützen und sozial orientiert zu erneuern sind. Verantwortung

und Verpflichtung der Stadtgesellschaft ist es, bei den Bürgerinnen und Bürgern ein soziales Bewusstsein für „Menschen am Rande der Gesellschaft“ zu entwickeln und damit deren Ausgrenzung und Abstieg entgegenzuwirken.

Solidarität und Eigeninitiative fördern

Stadtentwicklungsplanung soll Eigeninitiative (Kommunitarismus), Kooperation und Nachbarschaft unterstützen, Hilfe zur Selbsthilfe bzw. Selbstorganisation fördern. Hier sind die vielen privaten und kirchlichen Angebote zur Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfeaktivitäten im Sozial- und Gesundheitsbereich in Heidelberg Vorbild. Sie leisten einen Beitrag zu individueller Problembewältigung und zur Artikulation sozialpolitischer Anliegen. Heidelberg fördert die gleichberechtigte Mitsprache und Beteiligung von Betroffenen und unterstützt das praktische und politische Handeln von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement im Sinne aktiver Subsidiarität. Die Stadt Heidelberg unterstützt die Belebung und Stärkung von solidarischen, nachbarschaftlichen Beziehungsnetzen, in denen sich Professionalität und Ehrenamtlichkeit ergänzen. Dieses Bemühen um eine integrative Nachbarschaftskultur kommt nicht nur bestimmten Gruppen von Menschen mit besonderen Behinderungen entgegen, sondern kann das Leben aller bereichern. Die Stadt Heidelberg will ihren Beitrag dazu leisten, dass in Heidelberg Familien- und Erwerbsarbeit gleichwertig anerkannt wird. Das Recht von Frau und Mann,



beide Lebensbereiche unabhängig von konjunkturschwachen und -starken Zeiten auch zu leben, bleibt unbezweifelt. Aus diesem Grunde sollen für Frauen relevante Dienstleistungen und Selbsthilfeaktivitäten besonders unterstützt werden.

Von der Zielgruppen- zur Quartiersarbeit

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung werden stadtteil- und gemeinwesenorientierte Projekte der Sozialarbeit die Zielgruppenarbeit ablösen müssen. Bei diesen werden sozial- und lokalökonomische Konzepte ein wesentliches Gewicht haben. Sie bieten sozial sinnvolle und bezahlte Arbeit im lokalen Umfeld an zur Behebung struktureller Defizite und verbinden diese mit Konzepten der Jugendarbeit, Altenarbeit usw. An den Schnittstellen zwischen Stadtentwicklung und Sozialpolitik sind Fachstellen einzurichten. Die Finanzierung der sozialen Arbeit erfolgt künftig in Form von Zuwendungs- und Leistungsverträgen und unterliegt einer Qualitätssicherungskontrolle.

Wiedereingliederung ins Erwerbsleben unterstützen

Arbeitslosigkeit ist zwischenzeitlich mit die wichtigste Ursache für den Bezug von Sozialhilfe²⁹. Auch in Heidelberg ist der Aufwand für Sozialhilfe in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das Programm „Hilfe zur Arbeit“ ist deshalb unter der Prämisse „Wiedereingliederung in das Erwerbsleben durch

Arbeitsangebote im Rahmen befristeter Arbeitsverhältnisse“ quantitativ und qualitativ auszubauen und über eine Erfolgskontrolle abzusichern.

Den Generationenvertrag bei der Jugend beginnen

Heidelbergs Weg zu einer „kinder- und jugendfreundlichen Stadt“ bedarf der Anstrengung vieler Menschen in der Stadt, besonders dort, wo die Bedürfnisse im Interessenkonflikt zu anderen Gruppen der Bevölkerung stehen. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, muss den jungen Menschen in vielfacher Hinsicht mehr Raum zur Verfügung gestellt werden. Die Interessen und Belange von (nicht-behinderten und behinderten) Kindern und Jugendlichen sind in der Stadtplanung und -entwicklung stärker zu berücksichtigen durch:

- mehr Spiel- und Bewegungsräume sowie Begegnungsmöglichkeiten auf Straßen und Plätzen im Wohnumfeld,
- Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche,
- eine frühzeitige Beteiligung von Kindern an den betreffenden Planungen,
- eine konsequente Anwendung der Kinderfreundlichkeitsprüfung,
- sicherere Fuß- und Radwege innerhalb des Stadtteils,
- mehr und bessere Spielplätze und -flächen,
- einen bedarfsgerechten Ausbau und eine inhaltliche Weiterentwicklung der Angebote offener Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen,
- einen bedarfsgerechten Ausbau*

²⁹ heute Bezug von Grundsicherungsleistungen nach dem novellierten Sozialgesetzbuch II (Hartz IV).



und eine flexible Gestaltung des Angebotes an Kindertagesstätten, Krippenplätzen, Ganztagschulen, Hortplätzen und Freizeitangeboten für Jugendliche auf Stadtteilebene,

- Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in allen genannten Bereichen sowie spezielle Angebote, dort wo sie notwendig sind.

Den Umgang miteinander lernen

Viele komplexe ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahre stellen gerade im schulischen Bereich neue Anforderungen. Zentrale Aufgaben sind u. a. die Koedukation von behinderten und nicht-behinderten Kindern, die Stärkung der Hauptschulen, die zeitliche Erweiterung der Kernzeitbetreuung sowie die Einführung eines Ganztagesangebots. Diese Stichworte zeigen, dass das bisherige Schulsystem im Wandel ist. Aus diesem Grunde befindet sich derzeit ein vom Schulverwaltungsamt erarbeiteter Schulentwicklungsplan* in der Diskussion, der alle wesentlichen Belange der sich ändernden Schullandschaft berücksichtigen soll.

Die Frage der Ausbildung und Qualifizierung von jungen Menschen muss ein fester Bestandteil der Zukunftsplanung sein. Ausbildungsstellen müssen erhalten und neue geschaffen werden. Die Stadt sollte entsprechend ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die Berufsschulen ein möglichst vielfältiges Angebot erbringen und baulich und technisch optimal ausgestattet sind.

Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen

Heidelberg will geistig, körperlich oder seelisch behinderten und kranken Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sorgt für eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Betroffenen orientiert.

Bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben

Ziel der Heidelberger Altenhilfe muss es sein, möglichst vielen alten Menschen ein selbstbestimmtes, selbständiges Leben mit Teilnahme an der Gesellschaft im Alter zu ermöglichen. Das heißt, die gerontopsychiatrischen Hilfen und die stationären Pflegemöglichkeiten müssen deutlich verbessert werden. Im aktivierenden Bereich hat Heidelberg inzwischen ein hochwertiges, beispielhaftes Angebot entwickelt, das es zu erhalten und bei den Seniorenzentren* zu ergänzen gilt. Die Infrastruktur eines jeden Stadtteils muss es erlauben, dass die alten Menschen sich in diesen integrieren können.

Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen anbieten

Ein besonderes Augenmerk wird auf quartiersnahe Angebote zum Betreuten Wohnen zu richten sein. In Kombination mit Wohnraumberatung und Wohnraumanpassung sowie Hilfen zum Umzug gilt es, für jeden älteren Menschen die optimale Wohnsituation in vertrauter Umgebung zu erreichen und gleichzeitig Wohnraum effizienter zu nutzen.



Das Modell des Wohnsparsystems für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter ist zu prüfen.

Gesundheitsförderung

Der Schwerpunkt städtischer Gesundheitspolitik liegt bei der Gesundheitsförderung und Krankheitsprophylaxe. Die Stadt Heidelberg unterstützt die Anstrengungen der Krankenhausträger (Universität etc.) zur Sicherstellung und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung. Die Stadt möchte gesundheitsfördernde Lebenswelten schaffen³⁰, gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen sowie die persönliche Kompetenz und Verantwortung für die eigene Gesundheit fördern.

Gesundheitsbezogene Selbsthilfeaktivitäten fördert die Stadt als wichtige Ergänzung zum professionellen Versorgungssystem. Sie trägt zur infrastrukturellen und finanziellen Unterstützung von Selbsthilfe und ihrer Vernetzung mit dem professionellen Bereich aktiv bei.

Für unsere Stadt ist es unabdingbar, dass für alle Ziel- und Altersgruppen die Sicherstellung eines pluralen Beratungsangebotes gewährleistet ist. Dazu gehört die unabhängige, beratende Unterstützung und Begleitung bei verschiedenen Fragestellungen in folgenden Bereichen:

- medizinische und Gesundheitsfragen sowie Prävention,
- Ehe-, Familien-, Erziehungs- und Lebensfragen,
- verschiedene soziale Angelegenheiten.

Sport und Freizeit

Der Sport ist ein soziales Bindeglied, ist herausragende Möglichkeit zur Integration aller Bevölkerungsschichten (Ausländer, Behinderte etc.) und verbindet Generationen miteinander. Der Umfang der Freizeit nimmt stetig zu, die sportliche Betätigung wird deshalb weiter an Gewicht gewinnen: Es ist daher für alle Alters- und Zielgruppen ein breites, zeitgemäßes Sportangebot in allen Stadtteilen zu sichern, wobei die demographische Entwicklung berücksichtigt werden muss.

³⁰ Vgl. Beschluss des Gemeinderates vom 10.07.1991: Beitritt der Stadt Heidelberg zum Netzwerk der „Gesunden Städte“.

*Mehr Informationen dazu im Anhang



Stadt der Kommunikation und Begegnung

Die Stadtentwicklung beeinflusst die Möglichkeiten des Zusammenlebens, kann sie fördern oder behindern. Stadt als Ort, wo Menschen auf engem Raum existieren, kann so organisiert werden, dass dieses Zusammenleben eine Serie von Anregungen, von Kontakten, gegenseitiger Unterstützung und Bereicherung wird.

Eine Stadtentwicklung, die Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten schafft, bildet gleichzeitig einen optimalen Hintergrund für spezielle kulturelle Aktivitäten, die aus einer engen Beziehung zwischen den Bürgern und ihrer Stadt entstehen. Stadtleben beinhaltet unterschiedlichste, kulturelle Ausdrucksformen; ihnen ist der entsprechende Freiraum mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern. Die Stadt ist sich bewusst, dass Stadtentwicklung und Stadtkultur in einem Kontext stehen, in dem Lebensformen nicht auf das bloß Zweckdienliche und Kommerzielle reduziert werden können.

Kulturelle Vielfalt richtig verstanden

Die künftige Stadtentwicklung strebt die Bewahrung und Fortentwicklung der unverwechselbaren Eigenart an, die sich aus der historisch gewachsenen Stadt ergibt. Die jahrhundertealte Tradition Heidelbergs als Musik- und Literaturstadt und sein geistiges, liberales und demokratisches Erbe sind Selbstverpflichtung und Ansporn. Ziel ist ein reichhaltiges, anspruchsvolles Kulturangebot, das Heidelberg in seiner Vielfalt repräsentiert. Es gilt daher:

- ein gutes kulturelles Klima für alle in der Stadt zu schaffen, für die Kulturschaffenden und ihr Publikum,
- ein hohes qualitätsvolles Angebot zu sichern, weiterzuentwickeln und sich Neuem zu öffnen,
- den Besonderheiten Heidelbergs Rechnung zu tragen,
- das kulturelle Leben in den Stadtteilen und deren eigenständiges Profil zu fördern, u.a. durch die Einrichtung von Veranstaltungszentren, wobei darauf zu achten ist, dass bestehende Einrichtungen vielfältig genutzt werden, bevor neue geschaffen werden,
- die Kooperation mit den Kulturinstitutionen des Rhein-Neckar-Dreiecks³¹ weiter auszubauen, wobei die spezifischen Merkmale Heidelbergs einzubringen sind,
- die Medien als Partner in den Diskussionsprozess einzubinden,
- das Schloss für kulturelle Veranstaltungen intensiv zu nutzen.

Stadtkultur ist Begegnung und Kommunikation. Für die künftige Stadtentwicklung gilt daher im kulturellen Bereich:

- die besondere Förderung nicht institutionalisierter Kulturgruppen und -vereine, der freien Kunstschaaffenden und soziokultureller Zentren,
- die Schaffung von „Spielräumen“ zur Begegnung, zur freien Entfaltung und Gestaltung der Bürgerinnen und Bürger, d. h. nicht zweckgebundene, kommunikationsfördernde Räume und Flächen,
- die Verbesserung von Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Leben und soziokulturellen Miteinander.

Um die kulturelle Entwicklung in Heidelberg präzise und umfassend aufzeigen zu können, ist ein Kulturentwicklungsplan* zu erstellen.

31 Am 24. Mai 2005 wurde die Region Rhein-Neckar in den Kreis der europäischen Metropolregionen aufgenommen. Seit 1. Januar 2006 gibt es den Verband Region Rhein-Neckar.

*Mehr Informationen dazu im Anhang

Ausgangssituation für die Teilfortschreibung 2006

Alle Prognosen zur demographischen Entwicklung in Deutschland stimmen darin überein, dass es je nach Region früher oder später zu teilweise tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungs- und Altersstruktur kommen wird. Bundesweit ist die Zukunft vor allem durch Bevölkerungsrückgang, einen höheren Anteil älterer Menschen, ethnische und kulturelle Vielfalt und veränderte Haushalts- und Familienstrukturen sowie vielfältige Lebensstile gekennzeichnet. Die Entwicklung, die unter den Schlagworten „weniger, älter und bunter“ zusammengefasst wird, verläuft jedoch nicht überall gleich.

Heidelberg hat aufgrund des zunächst zu erwartenden deutlichen Bevölkerungszuwachses voraussichtlich etwas mehr Zeit als andere Städte zur Verfügung, um sich auf Schrumpfungsfolgen einzustellen. Der Prozess mit einer in der ersten Phase stark anwachsenden, ab 2020 stagnierenden und langfristig nach 2030 abnehmenden Bevölkerung macht eine differenzierte Politik erforderlich, die beide Phasen im Blickwinkel behalten muss. Die in der Wachstumsphase zu bewältigenden Integrationsaufgaben sowie wohnungs-

und arbeitsmarktpolitische Erfordernisse lassen sich nicht mit dem Hinweis auf die fernere Zukunft ausblenden, sondern müssen gelöst werden, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und gewünschte zu fördern.

Die Universitätsstadt gehört zu den wenigen Großstädten in der Bundesrepublik, die aufgrund ihrer Standortgunst in den nächsten Jahren in deutlichem Umfang Einwohner/innen hinzugewinnen wird, vorausgesetzt es gelingt, hier das entsprechende Wohnungsangebot bereit zu stellen. 2004 beurteilte die Prognos AG die Zukunftsfähigkeit von 439 Stadt- und Landkreisen. Dabei konnte Heidelberg den Spitzenplatz 6 erreichen. Es besteht in einer von dynamischer Wirtschaftsentwicklung geprägten Stadt allerdings die Gefahr, dass Armut, Vereinzelung, fehlende Integration nur in wenigen Quartieren erkennbar und deshalb zu spät wahrgenommen werden.

Heidelberg wird unter allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs die im Durchschnitt jüngste Bevölkerung haben. Kennzeichnend für die nächsten Jahre ist weniger die Zunahme der Senioren und Seniorinnen als die Abnahme von Kindern und Jugendlichen.³²

³² Vgl. Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik: Bevölkerungsentwicklung in Heidelberg nach Stadtteilen 2003 – 2020, Heidelberg 2004 sowie Statistisches Landesamt von Baden-Württemberg, diverse Berichte zur voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg und in den Gemeinden ab 10.000 Einwohnern sowie Landesinformationssystem (LIS), Prognosedatenblatt für Heidelberg, September 2003.

- Wegen der hohen Zuwanderung wird die Einwohnerzahl Heidelbergs bis 2020 um 6.400 Einwohner/innen (+4,3 %) ansteigen.
- Die Geburtenziffer wird bei 0,9 sehr niedrig bleiben (Bund: 1,4), die Lebenserwartung weiter steigen.



Die Zuwanderung überkompensiert den bis 2020 jährlichen negativen Geburtensaldo.

- Der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (0 bis unter 20 Jahre) wird bis 2020 erheblich stärker als im Land oder Bund sinken. Die positive Bevölkerungsentwicklung wird vor allem durch die Altersgruppen zwischen 18 und 30 Jahren bestimmt.
- Der Anteil der Erwerbsfähigen wird bis 2020 zwar nicht zurückgehen, sich aber im Altersaufbau erheblich nach oben verschieben.
- Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren nimmt stark zu, darunter vor allem die Zahl der 80-Jährigen und Älteren.
- Es wird von einem wachsenden Ausländeranteil ausgegangen (Anstieg auf ca. 20 %). Der Anteil vor allem der älteren Ausländer über 65 Jahre wird deutlich steigen.

So wird die nahe Zukunft in Heidelberg stärker als anderswo von Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie einer forcierten Familienpolitik bestimmt sein. Die Kinderbetreuungssituation in Heidelberg zählt zu den besten unter den westdeutschen Kommunen. Der Ausbau an Betreuungsplätzen muss kontinuierlich fortgesetzt werden, um das städtische Klima insgesamt noch familienfreundlicher zu gestalten.

Was sich bereits bei der Erarbeitung des 1997 verabschiedeten Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 abzeichnete,



nämlich sich wandelnde Familien- und Haushaltsstrukturen, vielfältige Lebensstile sowie ein multikulturelles Einwohnerspektrum, setzte sich in den letzten Jahren fort und wird auch weiterhin anhalten. So finden sich in den vorhergehenden Zielbereichen eine ganze Reihe von Zielvorgaben, deren Umsetzung gerade im Umgang mit den Anforderungen des Demographischen Wandels unverzichtbar sind. Zusammen mit anderen stadtentwicklungspolitischen Zielen bleiben sie weiterhin Daueraufgabe und gelten deshalb unverändert fort. Sie werden deshalb in diesem Kapitel nicht wiederholt. Nur wenn sie für den Umgang mit dem Demographischen Wandel von besonderer Bedeutung sind und in einem neuen und/oder erweitertem Zusammenhang gesehen werden, erfolgt eine nochmalige Aufnahme im vorliegenden Text.

Neben der Notwendigkeit zur Kontinuität bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans ist es jedoch erforderlich, weitere Zielaussagen für die nächsten Jahre vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels aufzugreifen.

Die Leitlinien in diesem Kapitel

- wenden nach dem Motto „wo Kinder sind, da ist Familie“ den Familienbegriff so an, dass alle Haushalte mit Kindern unabhängig von der Lebensform sowie Familienverbände darunter erfasst sind,
- verlangen von allen noch mehr Einsatz für Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern,
- betonen die wachsende Bedeutung

des Stadtteils und der unmittelbaren Wohnumgebung als Ort der Identifikation mit dem Gemeinwesen,

- unterstreichen die Notwendigkeit generationenübergreifender, interkultureller und an Menschenrechten orientierter Handlungsansätze,
- differenzieren die Bedürfnisse älterer Mitbürger/innen,
- arbeiten eine neue Rolle der Stadtverwaltung heraus,
- orientieren sich am Grundsatz der Subsidiarität und
- verstehen Integrationspolitik bei der erwarteten Pluralisierung als eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche wie auch der Gesellschaft generell.

Mit der Verstetigung der bereits eingeleiteten Maßnahmen sowie den nachfolgenden Leitlinien eröffnen sich für Heidelberg durch den Demographischen Wandel große Chancen, die es für ein lebendiges Gemeinwesen zu nutzen gilt. Die Zielaussagen aus den vorangegangenen Kapiteln gelten unverändert weiter.

Heidelberg als familienfreundliche Stadt

Heidelberg setzt sich konsequent ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Stadt versteht Kinder, Jugendliche und Familien in allen Lebensphasen als wichtige gesellschaftliche Bereicherung, für die sie ein positives Klima schafft. Die Entscheidung für Kinder sowie das Arbeiten und Wohnen mit Kindern in Heidelberg sollen leicht fallen. Die Stadt will das Engagement aller in allen Bereichen hierfür stärken und bündeln. Die Rahmenbedingungen



für familienfreundliche Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern werden ebenso weiter verbessert wie die Rahmenbedingungen für die Pflege von Familienangehörigen. Vernachlässigung und Verarmung werden durch konsequente Prävention verhindert.

Heidelberg als Wohnstandort stärken

Heidelberg will sich für neue Maßstäbe beim familien-, senioren- und behindertengerechten, bezahlbaren Wohnen in der Stadt einsetzen. Um Heidelberg auch als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu sichern, ist ein nachfragegerechtes, attraktives Wohnungsangebot ganz besonders wichtig. Soziale Qualitäten, die auch veränderte Wirklichkeiten des Zusammenlebens berücksichtigen, werden dabei immer wichtiger. Sie sollen durch gemeinschaftsorientierte, generationenübergreifende Projekte und nutzungsflexibles, barrierefreies Bauen entwickelt werden. Ein Wohnumfeld, das nachbarschaftliche Begegnung und Kinderspiel ohne Beeinträchtigungen durch den Verkehr zulässt, trägt im besonderen Maße zum Erreichen dieses Ziels bei. Wohnungsnotfälle gilt es zu verhindern. Heidelberger Wohnsitzlosen ist eine Rückkehr in ein geordnetes Leben zu ermöglichen.

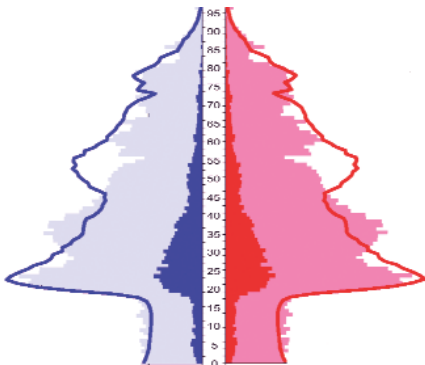
Lebenslanges Lernen

Der Lebens- und Bildungsraum Kindertagesstätte und Schule sowie außerschulische Lernorte werden weiterentwickelt. Alle Kinder erhalten die Förderung, die sie brauchen, damit alle Jugendlichen ausbildungsfähig werden. Heidelbergs

Bildungseinrichtungen müssen sich auf veränderte Lebenswirklichkeiten von Kindern und Familien einstellen und den ganzen Menschen im Blick haben. Bildung findet immer mehr auch außerhalb der Schulen statt, in der Freizeit, der Familie, in der Kindertagesstätte, der Jugendarbeit, der Berufs- und Weiterbildung sowie im Alter. Sie ist eine Herausforderung für jede Altersstufe und alle Heidelberger Institutionen. Heidelberg trägt dazu bei, dass die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung fester Bildungsbestandteil werden können. Damit unterstützt die Stadt die von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufene Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Darüber hinaus führt sie junge Menschen, insbesondere junge Frauen, an Berufe im Umfeld von Wissenschaft und Technik heran.

Stadt der Fairness

Das geänderte Rollenverständnis von Frauen und Männern wird als Anforderung verstanden, das bisherige Engagement für Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis auszubauen. Insbesondere die Verantwortung für Kinder und für die Pflege älterer Menschen muss von allen Heidelbergerinnen und Heidelbergern getragen werden, die Rahmenbedingungen dafür sind zu verbessern. Heidelberg ist eine Stadt der Fairness für Kinder, zwischen Frauen und Männern, für Zugewanderte, für Menschen mit Behinderungen, zwischen den Generationen, für Menschen mit Problemen. Gleiche Bildungschancen sind selbstverständlich.



Eine niedrigere kommunale Verschuldung und ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen lassen der jüngeren Generation ausreichende Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten und sind damit auch ein Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen.

In einer jungen Stadt alt werden – Kultur des Alterns ermöglichen

Die Lebenserfahrung unserer älteren Mitbürger/innen ist eine wichtige Ressource, die stärker in die Gesellschaft einfließen soll. Jede Generation, jede Altersstufe hat ihre jeweiligen Stärken und Schwächen und ihre eigene Würde. Kommunales Handeln muss deshalb künftig weitaus differenzierter auf diese Unterschiede eingehen und den vielfältigen Anforderungen durch vorausschauende, entwicklungsoffene, flexible Planung gerecht werden. Generationenbeziehungen und Generationensolidarität sowie das Ehrenamt sollen gestärkt werden. Bei der Fortentwicklung der Stadtteilangebote werden sowohl die Bedürfnisse der jungen Alten als auch der Hochbetagten und Demenzerkrankten berücksichtigt, ebenso wie diejenigen älterer ausländischer Mitbürger/innen. Flexible Versorgungsnetzwerke haben Priorität; darüber hinaus sind auch weitere Spezialisierungen wichtig.

Integration ist die Aufgabe von allen

Heidelberg soll den Charakter einer lebendigen und toleranten Stadt, in der viele unterschiedliche Milieus und Ethnien ohne soziale Konflikte zusam-

menleben, bewahren. Integration benötigt das Engagement aller; sie ist ein dauerhafter Prozess. Barrieren zu Sprache und Bildung gilt es abzubauen, den interkulturellen Dialog weiter zu fördern. Migrantinnen und Migranten soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf Gleichberechtigung, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit basiert. Das Eingewöhnen in das soziale Umfeld ist durch die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten zu fördern. Die Möglichkeiten des Ausländerrechts sollen für die Integration voll ausgeschöpft werden. Für ausländische Flüchtlinge gelten die Heidelberger Leitlinien zur sozialpädagogischen Betreuung.

Mit Kultur Brücken bauen

Kultur ist – wie Sport auch – als wichtiges Bindeglied zwischen den Generationen zu begreifen und als Chance der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen. Angebote sind, vor allem auch auf Stadtteilebene, auszubauen. Am Ende der derzeit geführten kulturpolitischen Diskussion³³ sollen Grundsätze und Leitlinien stehen, die den weiteren Weg weisen.

Neue Partnerschaft zwischen Bürger/innen und Stadt

Ehrenamtliche Aktivitäten werden verstärkt gefördert und unterstützt. Solidarische, nachbarschaftliche Beziehungsnetze, in denen sich Professionalität und Bürgerengagement ergänzen, sind zu beleben und zu stärken. Migrantinnen und Migranten sowie ältere Mitbürger/innen sind gezielt zu gewinnen. Bürgerschaftliches Engagement ist als selbstbestimmter und zielgerichteter Einsatz für

³³ Vgl. Anlage 1 zu DS 0082/2006/IV Kulturbericht 2006



Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen anzusehen.

Aktives und solidarisches Stadtteileben ermöglichen

Heidelbergs Stadtteile sind der Ort, wo sich Kulturen und Generationen begegnen. Sie sind das Hauptaktionsfeld des breiten bürgerschaftlichen Engagements. Daher ist es wichtig, die erforderlichen professionellen Unterstützungsangebote direkt vor Ort zu haben. Es gilt hier das soziale Miteinander bewusst zu machen, den Stadtteilbezug zu stärken, Solidarität zu pflegen, Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen sowie Eigeninitiative und Bürgerschaftliches Engagement im Sinne aktiver Subsidiarität zu fördern. Die Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote im Stadtteil bedeuten Lebensqualität und sind den Bedürfnissen ihrer Bewohner/innen entsprechend der demographischen Entwicklung anzupassen. Möglichkeiten zur interkulturellen Begegnung und zum Kennenlernen des Anderen sind hier wichtig. Der Stadtteil ist auch der Ort, Armutsrisiken aufzudecken und sozialer Ausgrenzung wirksam entgegenzusteuern. Die dortigen Netzwerke, Initiativen und Institutionen sind einzubinden.

Heidelberg als attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort positionieren

Menschen ziehen dorthin, wo es ihrer Ausbildung entsprechende Arbeitsplätze gibt. Damit kommt der Standortprofilierung als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt eine große Bedeutung zu. Es gilt Heidelberg zu einem Standort weiterzu-

entwickeln, der in seiner Internationalität und Weltoffenheit, seinen Lebensbedingungen und seiner Lebensqualität nicht nur für Fach- und Führungskräfte und ihre Familien, sondern für alle Menschen hoch attraktiv ist. Dies bedeutet erhebliche Anstrengungen in allen Bereichen, die diese Lebensqualität sichern. Die Weiterentwicklung als Wissenschaftsstadt soll Impulse für den gesamten Arbeitsmarkt einschließlich der nachgeordneten Arbeitsplätze geben. Unterschiede der Geschlechter, ethnische und kulturelle Differenz bereichern dabei nicht nur die Arbeitswelt (Management of Diversity). Die bestehende kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist konsequent weiterzuführen.

Heidelberg als starker Partner in der Region

Die Stadt Heidelberg leistet ihren Beitrag, um die Region weiterhin als attraktiven Standort im Wettbewerb um Investitionen und Köpfe zu positionieren. Bei der Weiterentwicklung oberzentraler Einrichtungen vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels ist ein abgestimmtes Vorgehen mit den Nachbargemeinden wichtiger denn je. Dies gilt auch für den Wohnungsneubau und den notwendigen Ausbau des schienegebundenen Nahverkehrs zwischen Heidelberg und den Nachbargemeinden. Darüber hinaus wird die Kooperation und Koordination innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar an Bedeutung gewinnen. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist auch hierfür richtungsweisend.

Stadtverwaltung als vorbildliche Arbeitgeberin und innovative Dienstleisterin

Heidelberg baut die kommunale Arbeitsmarktpolitik für benachteiligte Personengruppen weiter aus, insbesondere für junge Menschen und ältere Arbeitslose und wirkt darauf ein, dass junge Menschen eine Lebensperspektive entwickeln können. Die Stadtverwaltung muss Vorbild für andere Arbeitgeber in Heidelberg im Umgang mit dem Demographischen Wandel werden. Sie ist Vorbild beim Umgang mit eigenem Personal hinsichtlich Familienfreundlichkeit, Chancengleichheit, Umgang mit älteren Beschäftigten und bei der Qualifizierung von Jugendlichen sowie der interkulturellen Öffnung. Sie bleibt weiterhin eine „menschliche Verwaltung“, die wohnungsnah, freundlich, kompetent, interkulturell geschult, persönlich und umfassend berät. Sie wird auch weiterhin flexibel, angemessen und zeitnah auf Veränderungen zugunsten des Gemeinwohls reagieren und dabei neue Kooperations- und Organisationsformen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zur effizienten Leistungserbringung suchen und ihre Fachkompetenzen vor Ort ressortübergreifend bündeln. Dabei wird es immer mehr darauf ankommen, entsprechende Prozesse anzustoßen, zu organisieren und Verbündete zu gewinnen, anstatt alle Projekte und Maßnahmen selbst durchzuführen. Die Stadtverwaltung wird ihre Rolle zunehmend als Initiatorin, Moderatorin und Unterstützerin von Prozessen sehen und ausfüllen.





**Entwicklungsprojekt Bahnstadt:
Modell des Wettbewerbssiegers,
Büro Trojan und Trojan, Darmstadt**

Mobilität für alle Altersgruppen

Mit dem Ausbau an gesellschaftlichen Möglichkeiten und der Aktivierung aller Altersgruppen, wachsen die Mobilitätsanforderungen an den ÖPNV. Dieser muss sich künftig noch stärker an die sich verändernden Bedürfnisse anpassen und ausgebaut werden. Es gilt, möglichst viele schienengebundene Direktverbindungen zu schaffen, die Fahrzeiten den Bedürfnissen anzupassen, Barrierefreiheit und Sicherheit – auch nachts – zu bieten, die Hangerschließung in den betreffenden Stadtteilen zu gewährleisten sowie für angemessene, sichere Fuß- und Radwegverbindungen nicht nur im Quartier zu sorgen.

Der öffentliche Raum als Ort der Begegnung

Kaum ein Bereich prägt das Image und die Integrationsfähigkeit einer Stadt mehr als ihr Umgang mit öffentlichen Orten. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Kulturen und Bedürfnisse. Auf eine qualitätsvolle Gestaltung muss daher besonderer Wert gelegt werden. Plätze, wohnungsnahe Grünflächen und attraktive Spielflächen, die gerade für Kinder, Jugendliche und ältere Bewohner/innen wichtig sind, gilt es zu erhalten und neu zu schaffen.

Flexibel bauen

Sowohl beim Neu- als auch beim Um- und Rückbau müssen bereits jetzt größte bauliche Flexibilität und Umnutzbarkeit eingeplant werden. Angesichts der größeren Dynamik der demographischen Entwicklung sollte die Wiederhol-

barkeit der Eingriffe bei Umbauten von vornherein ermöglicht werden. Dabei gilt es Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Die Qualität des Gebauten wird in jeder Hinsicht immer wichtiger, Stadtbaukunst braucht mehr Geltung. Es gilt zudem, soziale Belange bei Bau- und Planungsprojekten zu beachten. Dabei wird künftig noch mehr Wert auf die Vernetzung entsprechend vorhandener Fachkompetenz in den unterschiedlichen Fachämtern gelegt werden und dies bereits in der Planungsphase. Um soziale Belange in alle neuen Bau- und Planungsprojekte gezielter einzubringen, sollten die für die Planung von Wohngebieten entwickelten Einzelchecklisten (wie z. B. die Kinderfreundlichkeitsprüfung) in eine konsequente Sozialverträglichkeitsprüfung überführt werden, die für alle soziale Qualitäten sichert.

Bahnstadt als Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung

Mit gesamtstädtischem Engagement für den neuen Stadtteil Bahnstadt sollen diese Leitlinien auch praktisch umgesetzt und erlebbar gemacht werden. Die Bahnstadt wird nicht nur ein wichtiger neuer Arbeitsplatzstandort, sondern leistet einen wesentlichen Beitrag, um die Herausforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen. In diesem sozial- und altersgemischten neuen Stadtteil sind Familien besonders willkommen, hier sollen sie bezahlbare Wohnungen finden. Die Bahnstadt ist deshalb zügig nach den Kriterien der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Gestalterische Vielfalt, flexibles und barriere-

freies Bauen und unterschiedliche Wohnformen, die auch veränderte Wirklichkeiten des Zusammenlebens berücksichtigen, sollen zu lebendigen Nachbarschaften führen. Von Anfang an sollen hier mit professioneller Unterstützung das Engagement der Bürger/innen geweckt und verschiedenste Dienstleistungen organisiert sowie das Verantwortungs- und Zugehörigkeitsgefühl gefördert werden. Verschiedene Generationen, Kulturen und Religionen sollen sich hier wohl fühlen können. Die Entwicklung der Bahnstadt darf nicht zulasten der bestehenden Stadtteile gehen.

Präambel

Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die mit dem Demographischen Wandel verbundenen Veränderungen werden als Chance empfunden und aktiv gestaltet. Es gilt neben der Familienfreundlichkeit für alle Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten. Die Leitziele des Stadtentwicklungskonzeptes aus dem Jahre 1974 dienen dabei als Grundlage.

Die Ziele stehen gleichwertig nebeneinander. Sie sind Ziele und Voraussetzung in einem. Die Stadt Heidelberg will damit eine nachhaltige Entwicklung einleiten. Dies setzt voraus, dass

- die finanzielle Handlungsfähigkeit des städtischen Haushaltes gewahrt bleibt,
- in einer offenen Diskussions- und Dialogkultur sich die Bürgerschaft aktiv am politischen Geschehen in unserer Stadt beteiligt,
- die Chancen einer selbstbestimmten vielfältigen Lebensführung, soweit sie sozial verantwortlich und ökologisch verträglich ist, für alle Bürgerinnen und Bürger verbessert werden,
- die Beanspruchung der natürlichen Ressourcen vermindert wird.

Quantitativer Zielrahmen (Stand 1996)

Nach den gegenwärtig erkennbaren Entwicklungen wird die Zahl der Einwohner in Heidelberg bis zum Jahr 2010 auf maximal 143.000 Personen zunehmen.³⁴ Daraus und aus den erwartbaren sozio-demographischen Änderungen ergibt sich ein zusätzlicher Wohnungsbedarf von 8.000 bis 10.000 Wohnungen³⁵. Dies setzt voraus, dass Maßnahmen zur Verringerung des Zuwachses an Wohnfläche pro Kopf auf maximal 2,5 qm erfolgreich sind. Die Zahl der zu bauenden Wohnungen soll dem Bedarf und der Nachfrage angepasst werden. Das Nähere regelt die jeweilige Fortschreibung des Wohnungsentwicklungsprogramms.

Derzeit gibt es in Heidelberg 94.000 Arbeitsplätze³⁶. Erklärtes Ziel ist es, dieses Niveau zumindest zu halten. Hierzu bedarf es großer Anstrengungen.

Mit der Heidelberg Deklaration hat sich die Stadt zu einer Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen um 20 % bis zum Jahr 2005 verpflichtet.³⁷

³⁴ Zur aktuellen Einwohnerentwicklung siehe Kapitel 12

³⁵ Aktuelle Angaben sind dem jeweiligen Wohnungsentwicklungsprogramm zu entnehmen. Das von 2005 geht von einem Bedarf von 8.000 Wohnungen bis zum Jahr 2020 aus. (DS 74/2005)

³⁶ 2005 sind es 97.000 Arbeitsplätze bedingt durch die hohe Anzahl an Teilzeitarbeitsplätzen.

³⁷ Mit Beschluss der „Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Heidelberg 2004“ am 16.12.2004 wurde der Zeithorizont 2015 festgelegt (DS 0237/2004/BV). Die quantitativen Vorgaben wurden nicht geändert.



Schwerpunkte

Einzigkeit von Stadt- und Landschaftsraum bewahren und entwickeln, „Stadt am Fluss“

Heidelberg will sein kulturelles Erbe* und den eigenständigen Charakter der Stadtteile mit ihren kleinteiligen, überschaubaren Strukturen bewahren. Grundlagen bilden der Dichteplan*, das Modell Räumliche Ordnung* sowie die Stadtteilrahmenpläne*. Die Einheit von Stadt- und Landschaftsraum ist als wichtiges Strukturmerkmal weiterzuentwickeln. Die hochwertigen Grün- und Erholungsflächen und ein funktionsfähiger Naturhaushalt sollen mit einem Freiflächenkonzept*, das auch die Land- und Forstwirtschaft mit einbezieht, gestärkt werden.

Mehr Mischnutzung und Aufenthaltsqualität, „Stadt der kurzen Wege“

Die Lebens- und Aufenthaltsqualität soll mit vermehrter Mischnutzung, dichteren Bauformen, der Rückgewinnung der Straßen als Lebensraum, Vermeidung von Angsträumen und einer barrierefreien Gestaltung für alle verbessert werden. Dem Grundsatz einer „Stadt der kurzen Wege“ entsprechend sind die Stadtteilzentren* als Versorgungsschwerpunkte und Identifikationsräume zu stärken und die Zuordnung von Wohnen, Arbeiten und Freizeiteinrichtungen zu verbessern.

Bauland sparsam verwenden, Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Heidelberg will den Flächenverbrauch in allen Bereichen senken. Zentral hierfür

ist eine maßvolle Innenentwicklung durch Mobilisierung untergenutzter Flächen, höhere Dichten, gemischte Strukturen und Flächenrecycling. Stadtarrondierungen sind behutsam mit den naturräumlichen Gegebenheiten abzustimmen. Die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen soll nur dann erfolgen, wenn eine höhere Flächenausnutzung im Bestand oder in Gewerbebrachen nicht ausreicht; dementsprechend ist eine frühzeitige Vorsorge* zu treffen. Dem steigenden Wohnflächenkonsum soll durch ein differenziertes Maßnahmenpaket, das eine freiwillige Einsparung von Wohnraum fördert, begegnet werden.

Durch neue Formen der regionalen Kooperation den Interessenausgleich fördern

Heidelberg will die regionale* und kommunale Zusammenarbeit ausbauen. Angestrebt wird eine bessere Abstimmung mit den Umlandgemeinden in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht. Wesentliche Basis hierfür soll ein regionales Siedlungsrahmenkonzept mit entsprechender Bodenvorratspolitik sein. Die Wirtschaftsförderung soll unter Bewahrung der lokalen Kompetenz in einen regionalen Verbund eingebunden werden.

Standortvorteile als Wissenschaftsstadt ausbauen

Heidelberg will die vielfältigen Potenziale als Wissenschaftsstadt gemeinsam mit der Universität und den weiteren



Forschungsstätten weiterentwickeln. Es gilt, die Synergieeffekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aufzuschließen, um die Innovationskraft zu stärken und nachhaltige Arbeitsplätze auch im produzierenden Sektor zu gewinnen.

**Vollbeschäftigung anstreben,
Wege aus der Krise eröffnen, den
Standort sichern**

Die Stadt Heidelberg will eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, die langfristig ein breites Arbeitsplatzangebot sichert und wirtschaftlich erfolgreich ist. Der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft ist aktiv zu nutzen. Veränderungsprozesse sind dahingehend zu unterstützen, dass ein sozial und ökologisch sinnvolles Arbeitsplatzangebot mit verstärkten regionalen Warenströmen entsteht. Die Entwicklungschancen der Heidelberger Unternehmen sind zu sichern.

**Verdrängungswettbewerb
verhindern, Stärkung von
Mittelstand und Handwerk**

Die Stadt Heidelberg will kleinere und mittelständische Betriebe – vor allem des Handwerks und des Einzelhandels – besonders sichern und mit entsprechenden Rahmenbedingungen Entwicklungschancen eröffnen. Bestehende Produktionsstätten sollten erhalten bleiben.

**Wiedereingliederung ins
Erwerbsleben, neue Formen der
Erwerbsarbeit unterstützen**

Die Stadt will durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik zukunftsweisende Projekte von und für Menschen unter-

stützen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Der Beschäftigung behinderter Menschen widmet Heidelberg besondere Aufmerksamkeit. Sie will neue Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit und der Existenzsicherung unterstützen.

**Preiswerten Wohnraum schaffen
und sichern**

Die Stadt Heidelberg will das Menschenrecht auf Wohnung sichern. Unter Konzentration ihrer Anstrengungen auf den preisgünstigen Mietwohnungsmarkt will sie die Wohnversorgung* insbesondere für Personen, die ihren Arbeits-/Lebensmittelpunkt in Heidelberg haben, sichern. Dies gilt vor allem für Haushalte mit durchschnittlichem und geringem Einkommen sowie für sonstige Benachteiligte. Das gilt auch auf regionaler Ebene. Aufwertungsprozesse von Stadtteilen sollen nicht zu Lasten der Sozialverträglichkeit gehen. Soziale Härten sind in jedem Falle zu vermeiden.

**Dauerhafter Schutz der
natürlichen Lebensgrundlagen**

Die Stadt Heidelberg will im Rahmen einer zukunftsbeständigen Entwicklung den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen* vermindern. Sie will den Klima- und Immissionsschutz* weiter vorantreiben. Über die hierzu bereits beschlossenen Ziele hinaus möchte die Stadt Heidelberg weitere Umweltqualitätsziele entwickeln, die im Rahmen eines Naturhaushaltsplanes regelmäßig überprüft werden und einen Beitrag zum Biotop- und Artenschutz* leisten. Die



Stadt Heidelberg will eine ökologische Landwirtschaft unterstützen und die Forstwirtschaft nach den Grundsätzen der Naturnahen Waldwirtschaft gestalten.

Umwelt- und stadtverträglicher Verkehr

Die Stadt Heidelberg will einen umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr* fördern. Sie setzt sich ein für eine Mobilität, die Freiräume für städtisches Leben wiederherstellt, bei der die einzelnen Verkehrsarten gleichberechtigt sind und Gefährdungen verringert werden. Dazu zählt auch grundsätzlich die Ausweisung von neuen Bauflächen entlang von schienengebundenen ÖPNV-Trassen. Die Förderung eines barrierefreien öffentlichen Personennahverkehrs und der sonstigen umweltfreundlichen Bewegungsarten hat Vorrang. Die Umweltbelastungen sollen geringer, die städtebauliche Situation (Stadt der kurzen Wege) besser, die Verkehrssituation entspannter und der Wirtschaftsverkehr funktionstüchtiger werden.

Stadt des sozialen Ausgleichs, Ausgrenzung verhindern

Heidelberg will eine Stadt des sozialen Ausgleichs sein, die Armut bekämpft, Ausgrenzungen verhindert und sozialräumliche Spaltungstendenzen überwindet. Dem Entstehen und der Ausübung von Diskriminierung und Gewalt ist entgegenzuwirken. Die Stadt Heidelberg will Solidarität und Eigeninitiative fördern. Sie will die gleichberechtigte Mitsprache von Betroffenen fördern und unterstützt Selbsthilfe und bürgerschaft-

liches Engagement. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung werden stadtteil- und gemeinwesenorientierte Projekte der Sozialarbeit die Zielgruppenarbeit ablösen müssen, um solidarische Nachbarschaften zu stärken.

Gleichstellung von Frau und Mann

Die Stadt Heidelberg betrachtet die Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern als eine Gemeinschaftsaufgabe, die bei der Wahrnehmung aller kommunalen Aufgabenbereiche zum Ausdruck kommen wird. Angestrebt wird eine Überwindung der typischen Gleichstellungsprobleme, insbesondere im Hinblick auf angemessene Mitbestimmungsmöglichkeiten, die Absicherung einer eigenständigen Existenz, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie die Sicherheit von Frauen.

Selbstbestimmt leben, Vielfalt der Lebensformen

Die Stadt Heidelberg will eine Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, die sozial verantwortlich und ökologisch verträglich sind. Sie will eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur*, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Betroffenen orientiert.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind in der Stadtplanung und -entwicklung stärker zu berücksichtigen. Die Frage der Ausbildung und Qualifizierung von jungen Menschen muss neuen Anforderungen gerecht werden.





Heidelberg will alten Menschen und geistig, körperlich oder seelisch behinderten, kranken Menschen ein selbstbestimmtes Leben mit Teilnahme an der Gesellschaft ermöglichen. Die Stadt möchte gesundheitsfördernde Lebenswelten schaffen und Verantwortung für die eigene Gesundheit fördern. Sie will für alle Alters- und Zielgruppen ein breites, zeitgemäßes Sportangebot in allen Stadtteilen sichern.

Migration und interkulturelle Orientierung

Die Stadt Heidelberg will Verantwortung tragen für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens und ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen Heidelbergs anerkennen.

Stadt der kulturellen Vielfalt

Die Stadt Heidelberg will unterschiedlichsten kulturellen Ausdrucksformen den entsprechenden Freiraum mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gewähren. Ziel ist ein reichhaltiges, anspruchsvolles Kulturangebot, das Heidelberg in seiner Vielfalt repräsentiert. Hierzu soll ein Kulturentwicklungsplan* erstellt werden.

Den Demographischen Wandel aktiv gestalten

Die Veränderungen des Demographischen Wandels betreffen alle Bereiche der Stadt Heidelberg, die mit ihrer Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit verbunden sind.

Heidelberg setzt den Schwerpunkt bei der Familienfreundlichkeit. Die Rahmen-

bedingungen für familienfreundliches Wohnen und Arbeiten, für Betreuung, Erziehung und Bildung sollen weiter verbessert werden. Integration ist Aufgabe aller Heidelbergerinnen und Heidelberger, der interkulturelle Dialog ist weiter zu fördern. Barrieren zu Sprache und Bildung gilt es abzubauen, lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Die Lebenserfahrung der älteren Mitbürger/innen ist eine wichtige Ressource, die stärker in die Gesellschaft einfließen soll. Heidelbergs Stadtteile gewinnen als Ort der Identifikation an Bedeutung. Dort begegnen sich Kulturen und Generationen und wird ein breites bürgerschaftliches Engagement unterstützt. Die Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote sind den Bedürfnissen ihrer Bewohner/innen entsprechend der demographischen Entwicklung anzupassen. Der Standortprofilierung als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt kommt große Bedeutung zu. Dazu gehört auch ein bezahlbares Wohnungsangebot mit sozialen Qualitäten. Die Bahnstadt ist Schlüsselprojekt für Heidelbergs künftige Stadtentwicklung.

Die Handlungsansätze müssen sich an Menschenrechten orientieren. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt weiterhin. Die Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis verlangt noch mehr Engagement von allen.

*Mehr Informationen dazu im Anhang

Anhang

Rang mit seiner landschaftlichen Einbindung zu erhalten, sollen das Heidelberger Schloss und die Altstadt von der **UNESCO** als **Welterbe** ausgewiesen werden. Mit einer Befürwortung des Antrages wird 2007 gerechnet.

Als Voraussetzung hierzu hat der Gemeinderat am 27. November 1997 die **Gesamtanlagenschutzsatzung** (Satzung zum Schutz des Bereichs Alt Heidelberg als Gesamtanlage) gem. § 19 Denkmalschutzgesetz beschlossen, die auch die umliegenden Hänge umfasst. 1998 wurde ein **Beirat** zur Gesamtanlagenschutzsatzung eingesetzt.

Zielbereich regionale Kooperation und Regionalentwicklung

Am 24. Mai 2005 wurde die Region Rhein-Neckar in den Kreis der **europäischen Metropolregionen** aufgenommen. Die Stadt hat den Antrag unterstützt. Mit Unterzeichnung eines neuen Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz am 26. Juli 2005 wurde der Weg frei für eine grenzüberschreitende einstufige Regionalplanung im **Verband Region Rhein-Neckar**, der am 1. Januar 2006 seine Arbeit aufnahm.

Der Verband Region Rhein-Neckar wird unterstützt durch eine neue regionale Marketingorganisation, die durch den Verein „**Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V.**“ (ZMRN) und die **Metro-polregion Rhein-Neckar GmbH (MRN)** gebildet wird. Alle wichtigen Partner der Regionalentwicklung aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus den Städten und Landkreisen arbeiten in den Gremien dieser Institutionen zusammen.

Die von der Stadt angeregte Gründung des **Umweltkompetenzzentrums Rhein-Neckar UKOM e. V.** 2003 ist ein erster Schritt, die vorhandenen Umweltkompetenzen der Metropolregion zu vernetzen, auszubauen und auf gemeinsamer Basis gezielt zu vermarkten.

Zielbereich Arbeiten

Das **Gewerbeflächenentwicklungskonzept 2000** stellt die gewerbliche Flächenvorsorge sowie die Nutzungsschwerpunkte dar (DS 40/2001). Dabei hat die Bahnstadt erste Priorität.

Mit dem Beschluss des **Zentrenkonzeptes** auf Grundlage einer **Einzelhandelsstruk-**

turuntersuchung am 19. Juni 1997 (DS 269/1997) wird der Einzelhandel in integrierten Lagen gestärkt. Das von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung 2006 erstellte Zentrenkonzept vertieft diese Leitlinien unter besonderer Berücksichtigung möglicher großflächiger Einzelhandelsansiedlungen sowie der Nahversorgung. (DS 42/2006/IV)

Mit der Einrichtung des **Technologiepark Umweltparks** im Heinsteinwerk 2005 wurden die Kompetenzen des Technologieparks in den Bereich Umwelttechnologie und Umweltconsulting erweitert und gebündelt.

Eine konkrete Maßnahme im Bereich der Mittelstandsförderung ist das Projekt **Nachhaltiges Wirtschaften**. Es unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung eines Umweltmanagementsystems und der damit verbundenen Erschließung von ökologischen und ökonomischen Einsparpotenzialen.

Zielbereich Wohnen

Im Rahmen des **Wohnungsentwicklungsprogramms** wurde ein Grundsatzbeschluss zum **Baulandmanagement** am 2. Juni 2005 (DS 74/2005/BV) gefasst.

Einrichtung einer Fachstelle für **barrierefreies Bauen** und Wohnen unter der Bezeichnung „Wohnberatung“ beim Technischen Bürgeramt seit dem 1. März 2006.

Mit dem Beschluss zur Entwicklung des neuen Stadtteils **Bahnstadt** ist der Neubau von rund 2.500 Wohnungen verbunden.

Zielbereich Umwelt

Über den Schutz der natürlichen **Ressourcen** und alle wichtigen Umweltprojekte informiert der **Umweltbericht** 1999–2005.

Seit 2001 liegt ein **Artenschutzplan** vor, dessen Ziel es ist, die biologische Vielfalt zu erhalten.

Mit der Fortschreibung des **Klimaschutzkonzeptes** 2005 werden die bisher eingeleiteten Maßnahmen fortgesetzt und Schwerpunkte (u. a. Bahnstadt, Energieeffizienz im Gewerbe) der lokalen Klimaschutzpolitik definiert. (DS 237/2004/BV)

Der **Umweltplan** stellt **ökologisch** sensible Umweltbereiche dar und macht Vorschläge, wie sie gesichert werden können (DS 363/1999).

Ausgewählte Projekte und Beschlüsse seit 1997

Heidelbergs Lokale Agenda lebt. Seit dem Beschluss des Gemeinderates im Jahr 1997 zum Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 (STEP) hat die Stadt Heidelberg eine Fülle von Projekten und Beschlüssen auf den Weg gebracht und umgesetzt. Ob Arbeiten, Umwelt, Wohnen, Soziales oder Kultur: In allen Zielbereichen des STEP hat sich Konkretes getan, um eine nachhaltige Stadtentwicklung voran zu bringen und die Lebensqualität der Menschen in Heidelberg und der Region zu bewahren und zu verbessern. Nachfolgend eine Auswahl an Projekten und Beschlüssen aus den einzelnen Zielbereichen des STEP:

Zielbereich Städtebauliches Leitbild

Seit Juli 2006 liegen für alle Heidelberger Stadtteile **Stadtteilrahmenpläne** vor.

Am 28. Juli 1999 wurde das **Siedlungsstrukturkonzept** und das **Modell Räumliche Ordnung (MRO)** beschlossen, in das ein **Freiflächenstrukturkonzept** und der Umweltplan eingegangen sind (DS 363/1999). Ein **Baudichtenplan** sowie ein städtebaulicher Leitplan sind Bestandteil des Siedlungsstrukturkonzeptes. Das MRO bildet die Grundlage für den neuen **Flächennutzungsplan 2015/2020** des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim, der am 15. Juli 2006 rechtskräftig wurde. Die **Bahnstadt**, für die seit 2003 ein Rahmenplan vorliegt, bietet das größte Innenentwicklungspotenzial Heidelbergs.

Um das **historische Stadtbild** als architektonisches Ensemble von internationalem

Zielbereich Mobilität

Der **Verkehrsentwicklungsplan** wurde im Jahr 2000 fortgeschrieben (DS 218/2000).

Am 14. Dezember 2003 nahm die **S-Bahn** in der Region den Betrieb auf.

Ein **City-Logistik-Konzept** für Paketdienste ist für die Altstadt seit 2006 verwirklicht.

Die **Straßenbahn nach Kirchheim** nimmt am 10. Dezember 2006 ihren Betrieb auf.

Zielbereich Soziales

Der **bedarfsgerechte Ausbau** der Kinderbetreuung bewirkte, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu jeder Zeit erfüllt war. Der bedarfsgerechte Ausbau an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren wird zum 1. Oktober 2010 abgeschlossen sein. Seit dem Schuljahr 2000/2001 gibt es an Heidelbergs Grundschulen Betreuungsmöglichkeiten bis 15 Uhr.

Am 02. August 2006 wurde ein **Konzept zur Weiterentwicklung** der Hauptschulen beschlossen, das sich am Entwurf des damaligen **Schulentwicklungsplanes** aus dem Jahre 1995 orientiert (DS 215/2006/BV).

Im Herbst 2002 wurde das letzte der insgesamt 10 **Seniorenzentren** in Heidelberg eröffnet.

2001 Aufnahme des nördlichen Teils des Emmertsgrundes in das **Bund-Länder-Förderprogramm „Die soziale Stadt“**.

Zielbereich Kultur

Die ursprüngliche Entscheidung einen Kulturentwicklungsplan zu erarbeiten, wurde im Jahr 2000 seitens des Gemeinderats verworfen. Mit dem Kulturbericht 2006 wurden, zusammen mit einer Bestandsaufnahme, **kulturpolitische Leitlinien** eingebracht und zur Diskussion gestellt. (DS 82/2006/IV). Der Kulturbericht wird alle 5 Jahre aktualisiert werden. Zusammen mit der von Vertretern der Kommunen und der Wirtschaft aus dem Rhein-Neckar-Dreieck erarbeiteten „Kulturvision 2015“, stellt der Kulturbericht 2006 die Basis der kulturellen Fortentwicklung in Stadt und Region dar.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen zum Stadtentwicklungsplan seit 1997

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Stadt Heidelberg
Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010
Leitlinien und Ziele
Juli 1997, August 2001

Stadt Heidelberg
Der Beratungsprozess zum Modell Räumliche Ordnung
Dezember 1999

Stadt Heidelberg
Modell Räumliche Ordnung
März 2000

Stadt Heidelberg
Wo stehen wir, was haben wir erreicht?
Erster Bericht zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010
Kurzfassung
Mai 2002

Stadt Heidelberg
Wo stehen wir, was haben wir erreicht?
Erster Bericht zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010
Langfassung
Mai 2002

Stadt Heidelberg
Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht 2004
Indikatorengestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010
August 2005

City of Heidelberg
Heidelberg Sustainability Report 2004
Indicator-based success rate of the City Development Plan Heidelberg 2010
March 2006

Stadt Heidelberg
Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015
Leitlinien und Ziele
November 2006

Veröffentlichungen zum Demographischen Wandel

Stadt Heidelberg
Bevölkerungsentwicklung in Heidelberg
Bevölkerungsentwicklung in Heidelberg nach Stadtteilen 2003-2020
November 2004

Stadt Heidelberg
Demographischer Wandel
Bevölkerungsentwicklung, Einschätzung der Folgen und Konsequenzen, Zielentwicklung, Strategien und Maßnahmen
Heidelberg 2004

Stadt Heidelberg
Demographischer Wandel in Heidelberg
Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage
durchgeführt von der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Stadt Heidelberg im Januar 2006
März 2006

Stadt Heidelberg
Kommunale Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen des „Demographischen Wandels“
Umfrage der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages im Februar 2006
Mai 2006

Stadt Heidelberg
Handlungskonzept zum Demographischen Wandel in Heidelberg
(Veröffentlichung in Vorbereitung)

Impressum
Herausgeber
Der Oberbürgermeister der Stadt
Heidelberg

Bearbeitung und Koordination
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Postfach 10 55 20
69045 Heidelberg
Tel.: 06221 - 5821500



Bildnachweis

Akademie für Ältere: Seite 32
Peter Dorn: Titel oben rechts, Seite 2
rechts außen, Seite 31 rechts, 36 rechts,
37 rechts
Heidelberger- Kongress- und Tourismus
GmbH (HKT): Seite 6, 16, 43
Klaus-Tschira-Stiftung: Titel oben links,
Seite 2 – Drittes von links, Seite 45 rechts
Philipp Rothe: Seite 30 rechts
Franz Schlechter: Seite 33
Universitätsklinikum Heidelberg –
Zentrale Fotoabteilung: Seite 18
Max-Planck-Institut für Astronomie:
Seite 39 links
Alle übrigen: Stadt Heidelberg

Gestaltung
komplus Heidelberg

März 2007



Amt für Stadtentwicklung
und Statistik
Postfach 10 55 20
69045 Heidelberg
Tel.: 06221 - 5821500